

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 73

DIENSTAG, DEN 16. SEPTEMBER

2014

Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzungen der Bürgerschaft	1661	Widmung einer Verkehrsfläche in Eimsbüttel	1662
Ungültigkeit einer gelben Waffenbesitzkarte	1661	Entwidmung einer Verkehrsfläche in Eimsbüttel ...	1662
Wechsel der stellvertretenden Wahl- und Abstimmungsleitung Wandsbek	1661	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	1663
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	1662	Bodenrichtwerte zum Stichtag 31. Dezember 2013	1663
Herstellung und Ausbau von Erschließungsanlagen in den Stadtteilen Wandsbek, Neu-Rahlstedt, Eidelstedt, Marmstorf, Lokstedt, Neugraben-Fischbek, Winterhude, Borgfelde, Rahlstedt, Bahrenfeld, Sasel, Boberg, Wilhelmsburg, Billstedt	1662		

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzungen der Bürgerschaft

Die nächsten Sitzungen der Bürgerschaft finden am Mittwoch, dem 24. September 2014, um 15.00 Uhr und am Donnerstag, dem 25. September 2014, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 16. September 2014

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 1661

Ungültigkeit einer gelben Waffenbesitzkarte

Die durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte am 2. Juli 2001 erteilte gelbe Waffenbesitzkarte für Sportschützen mit der Dokumentennummer 24/01 des Herrn Emil Pusch, geboren am 28. März 1927 in Hamburg, wohnhaft Neuer Pferdemarkt 20, 20359 Hamburg, ist gestohlen worden und wird hiermit für ungültig erklärt.

Hamburg, den 28. August 2014

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

Amtl. Anz. S. 1661

Wechsel der stellvertretenden Wahl- und Abstimmungsleitung Wandsbek

Gemäß § 2 Hamburgische Bürgerschaftswahlordnung (HmbBüWO) in der Fassung vom 27. Mai 2014 gebe ich bekannt:

Mit Wirkung zum 1. September 2014 wurde die Bestellung der Frau Sonja Feßel zur stellvertretenden Bezirkswahlleitung des Bezirks Wandsbek und seiner Wahlkreise für die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungen aufgehoben (§ 19 Absatz 2 Satz 3 Bürgerschaftswahlgesetz).

An ihrer Stelle wurde Frau Kerstin Godenschwege mit Wirkung zum 1. September 2014 zur stellvertretenden Bezirkswahlleitung des Bezirks Wandsbek und seiner Wahlkreise für die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungen bestellt (§ 19 Absatz 2 Satz 3 Bürgerschaftswahlgesetz).

Dieser Wechsel gilt kraft Gesetzes auch für die stellvertretende Bezirksabstimmungsleitung (§ 31b Volksabstimmungsgesetz).

Hamburg, den 2. September 2014

Der Landeswahlleiter

Amtl. Anz. S. 1661

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der von der Finanzbehörde ausgestellte Dienstausweis mit der Nummer 43576 wird mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt.

Hamburg, den 2. September 2014

Die Finanzbehörde

Amtl. Anz. S. 1662

Herstellung und Ausbau von Erschließungsanlagen in den Stadtteilen Wandsbek, Neu-Rahlstedt, Eidelstedt, Marmstorf, Lokstedt, Neugraben-Fischbek, Winterhude, Borgfelde, Rahlstedt, Bahrenfeld, Sasel, Boberg, Wilhelmsburg, Billstedt

I.

Endgültige Herstellung

Nach § 49 Absatz 5 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41), zuletzt geändert am 15. Februar 2011 (HmbGVBl. S. 73), wird bekanntgemacht:

Die nachstehend aufgeführten Erschließungsanlagen sind endgültig hergestellt worden:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlagen
1	Alter Güterbahnhof von Alte Wöhr bis Hellbrookstraße
2	Babenbrook von Mitte Babenbrook 8 (Flurstück 4443) bis Langengrund
3	Bei den Boltwiesen – Wohnweg von Bei den Boltwiesen Hausnummer 20 bis 75 Meter südlich (Flurstück 2093 teilweise)
4	Boberger Höhe von Heidhorst bis Boberger Aue
5	Borgfelder Allee von Anckelmannplatz bis Kehre
6	Fuchsienweg von Redingskamp bis Irisplatz
7	Hagenende von Waterblöckenwiese bis Kehre vor Hausnummer 24
8	Hubert-Fichte-Weg von Grandweg bis Ende
9	Paul-Dessau-Straße von Mendelssohnstraße bis Kehre einschließlich und einschließlich Flurstück 4621
10	Rahlstedter Kamp von Sieker Landstraße bis Bei den Boltwiesen
11	Rubbertstraße von Vogenhüttendeich bis Rubbertstraße Hausnummer 25 (Flurstück 1190) ausschließlich
12	Schafshagenberg von Handweg bis Schafshagenberg Hausnummer 39 einschließlich

- 13 Straßenzug Gloxinienweg, Irisplatz, Georginenweg
von Jaarsmoor zwischen Hausnummer 32 und 30a, 30b
bis Jaarsmoor zwischen Hausnummer 22 und 20
- 14 Vorderste Wiese
von Rahlstedter Kamp bis Bei den Boltwiesen
- 15 Waterblöckenwiese
von Sieker Landstraße bis Bei den Boltwiesen
- 16 Waterblöckenwiese – Stichstraße
von Bei den Boltwiesen bis Kehre

II.

Erweiterung und Verbesserung

Nach § 55 des Hamburgischen Wegegesetzes wird bekanntgemacht:

Bei der nachstehend aufgeführten Erschließungsanlage ist die angegebenen Maßnahmen nach § 52 Absatz 1 des Hamburgischen Wegegesetzes abgeschlossen worden:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlage
1	Norder – Ohe von Alsterredder bis Bramkoppel Maßnahmen: Verbesserung der Entwässerungseinrichtungen

III.

Berichtigung

Folgende Bekanntmachung wird berichtigt:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlage
1	Die Bekanntmachung vom 14. März 2014 (Amtl. Anz. Nr. 21 S. 403) unter I., laufende Nummer 6 muss richtig lauten: Behaimweg von Hogenbergkamp bis Ende bei Flurstück 3667 einschließlich

Die Bekanntmachung ist auch unter www.hamburg.de/fb/anliegerbeitraege einzusehen.

Hamburg, 16. September 2014

Die Finanzbehörde

Amtl. Anz. S. 1662

Widmung einer Verkehrsfläche in Eimsbüttel

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) wird die im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 320, Gemarkung Stellingen/Eidelstedt (Flurstücke 2913, 4670, 4690, 4688 sowie Teilflächen 114-1 und 4691-1), belegene Wegefläche in der Straße Kollenhof mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 22. August 2014

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1662

Entwidmung einer Verkehrsfläche in Eimsbüttel

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) wird die im

Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 304, Gemarkung Eimsbüttel, belegene Wegefläche (Flurstücksteilfläche 1775-1), Eimsbütteler Marktplatz Ecke Faberstraße und Rellinger Straße (Flurstücksteilfläche 1792-1) mit sofortiger Wirkung entwidmet

Hamburg, den 1. September 2014

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1662

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der folgende Dienstausweis des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer (ausgestellt durch die ehemalige Baubehörde, die Behörde für Bau und Verkehr, die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt oder den LSBG) ist mit sofortiger Wirkung ungültig.

Name: Valandiz, Ghassem, Funktion: Objektleiter, Fachbereich: K 2, Ausweisnummer: 37.039, ausgestellt am: 13. November 2013, gültig bis: unbefristet.

Hamburg, den 21. August 2014

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Amtl. Anz. S. 1663

Bodenrichtwerte zum Stichtag 31. Dezember 2013

Auf Grund von § 10 der Verordnung über den Gutachterausschuss für Grundstückswerte vom 12. Mai 2009 (HmbGVBl. S. 124) wird darauf hingewiesen, dass der Gut-

achterausschuss für Grundstückswerte in Hamburg zum Stichtag 31. Dezember 2013 gemäß § 196 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548) Bodenrichtwerte für das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg ermittelt und veröffentlicht hat.

Die Bodenrichtwerte beziehen sich auf erschlossene, anliegerbeitragsfreie Baugrundstücke oder auf land- oder forstwirtschaftlich nutzbare Grundstücke. Die zugrunde gelegte Nutzung bezeichnet nicht die rechtlich zulässige, sondern die ortsübliche typische Nutzung der Grundstücke.

Bodenrichtwerte können kostenfrei über BORIS.HH – die interaktive Bodenrichtwertkarte für Hamburg – im Internet abgerufen werden. Dort steht auch die Bodenrichtwert-Erläuterung zum kostenlosen Download zur Verfügung. Der Link lautet: www.geoportal-hamburg.de/boris.

Telefonisch Bodenrichtwertauskünfte:

Telefon: 09001 880 999 (0,24 Euro/min + 14 Euro/Auskunft aus dem deutschen Festnetz, aus dem Mobilfunknetz nicht erreichbar). Montags bis freitags 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Schriftliche Bodenrichtwertauskünfte (gebührenpflichtig):

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung,
Geschäftsstelle des Gutachterausschusses
für Grundstückswerte in Hamburg,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Hamburg, den 2. September 2014

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Amtl. Anz. S. 1663

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 14 A 0308

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **14 A 0308 Dämmarbeiten VOB DIN 18421**
Maßnahme: 4113 G 0802
Grundinstandsetzung Gebäude 31
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Dämmung an technischen Anlagen:
– Rohrleitungen DN15-80: ca. 1.600 m in verschiedenen Ausführungen, z.T. mit Blechmantel
– Luftleitungen (rechteckig): ca. 290 m² in verschiedenen Ausführungen, z.T. mit Blechmantel
– Luftleitungen (rund): ca. 200 m in verschiedenen Ausführungen, z.T. mit Blechmantel
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 3. November 2014
Fertigstellung der Leistung: am 5. Dezember 2014
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 25. September 2014
Versand der Verdingungsunterlagen: 1. Oktober 2014
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 15,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0308

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
17. Oktober 2014, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 17. November 2014

- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen:
Herr Tychsen, Telefon: 040 / 4 28 42 - 3 55

Hamburg, den 8. September 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

698

**Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 14 A 0287**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 200,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 1200
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **14 A 0287 BWK – Erweiterter Rohbau**
Maßnahme: 4121 G 1302
Umbau Haus 1, Südflügel, Mitte, Kreuzbau, Interim
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Bundeswehrkrankenhaus,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Umbaumaßnahme
Art und Umfang: Erweiterte Rohbauarbeiten im Bestand, mit Gerüstbau, Maurer, Beton, Stahlbau, Putz und Abbrucharbeiten, in freigeräumten Flügeln eines bestehenden Krankenhauses.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 12. Januar 2015
Fertigstellung der Leistung: 25. September 2015
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 29. September 2014
Versand der Verdingungsunterlagen: 2. Oktober 2014
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 12,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0287
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
23. Oktober 2014, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen.
Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) erbracht werden.
Hinweis: Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) liegt bei.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 24. November 2014

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen:

Herr Röhl, Telefon: 040 / 4 28 42 - 2 47

Hamburg, den 9. September 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

699

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 14 A 0303

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **14 A 0303 Metallbauarbeiten**

Maßnahme: 84112 B 2014 BBN

Generalleutnant-Graf-von-Bauwesen-Kaserne

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Blomkamp 61, 22549 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

14 A 0303 Metallbauarbeiten

Es handelt sich um den Abbruch und die Erneuerung einer mehrflügligen Alu-Türanlage im Eingangsbereich des Hörsaals Freiherr von Stein auf dem Gelände der Generalleutnant-Graf-von-Bauwesen-Kaserne.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 3. November 2014

Fertigstellung der Leistung: am 4. Dezember 2014

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 25. September 2014

Versand der Verdingungsunterlagen: 1. Oktober 2014

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 6,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0303

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

16. Oktober 2014, 11.00 Uhr,

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 17. November 2014

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen:

Frau Schnur, Telefon: 040 / 24 19 84 20

Hamburg, den 9. September 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

700

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 14 A 0311

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 200,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 1200
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **14 A 0311 Estrich- und Bodenbelagsarbeiten**
Maßnahme: 4121 G 1302
Umbau Haus 1, Südflügel, Interim

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Bundeswehrkrankenhaus,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Für das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg als Teil einer Interimsmaßnahme, sollen in freigeräumten Flügeln, Estrich und Bodenbelagsarbeiten ausgeführt werden (Zementestrich- und PVC-Bodenbeläge).

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 19. Januar 2015
Fertigstellung der Leistung: 18. September 2015

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 29. September 2014

Versand der Verdingungsunterlagen: 7. Oktober 2014

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0311

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

28. Oktober 2014, 10.00 Uhr,

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“

genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) liegt bei.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 28. November 2014

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen:

Herr Röhl, Telefon: 040 / 4 28 42 - 2 47

Hamburg, den 9. September 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

701

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 14 A 0313

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **14 A 0313 Trockenbauarbeiten**

Maßnahme: 4121 G 1302
Umbau Haus 1, Südflügel, Interim

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Bundeswehrkrankenhaus,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Die Leistungen umfassen maßgeblich die Lieferung und den Einbau von ca. 534 m² nichttragenden Gipskarton Trennwänden mit/ohne Brandschutz, von ca. 70 m² Vorsatzschalen, von ca. 30 m² Trockenputz, von 78 m² Bestandswänden, die in F90 zu ertüchtigen sind, von ca. 411 m² GK-Decke mit/ohne Brandschutz sowie von ca. 31 Stück Türblättern mit Zarge mit/ohne Brand-/Strahlen-/Schallschutz einschl. Beschlägen. Für die TGA-Montage sind ca. 640 m² vorhandene Metallpaneeldecken zu öffnen und wieder zu schließen sowie umfangreiche Öffnungen in Wänden herzustellen und wieder zu verschließen. Ausführung im Bestand, in drei Geschossen (EG, 1. OG, 2. OG).

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 12. Januar 2015

Fertigstellung der Leistung: 25. September 2015

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 30. September 2014

Versand der Verdingungsunterlagen: 8. Oktober 2014

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 15,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0313

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

29. Oktober 2014, 10.00 Uhr,

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) liegt bei.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 1. Dezember 2014

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen:

Herr Röhl, Telefon: 040 / 4 28 42 - 2 47

Hamburg, den 11. September 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

702

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 14 A 0316

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: 14 A 0316 Metallbau- und Verdunkelungsarbeiten

Maßnahme: 4121 G 1302
Umbau Haus 1, Südflügel, Interim

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Bundeswehrkrankenhaus,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Die Leistungen umfassen maßgeblich die Herstellung, Lieferung und Montage von 16 Stück elektrisch angetriebenen Verdunkelungsanlagen, von 6 Stück PR-Fassaden mit einer jeweiligen Größe von ca. 5 m², 2 m Stahlgeländer sowie 4 Stück Aluminiumrahmen Tür-Elementen T30-2/RS und 1 Stück Stahlblech-Tür T30-2/RS. Es sind 5 Stück Aluminiumrahmen Tür-Elementen RS-2 und 1 Stück Stahlblech-Tür RS-2 zu demontieren und zu entsorgen. Ausführung im Bestand, in drei Geschossen (EG, 1. OG, 2. OG).

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 19. Januar 2015

Fertigstellung der Leistung: 18. September 2015

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 6. Oktober 2014

Versand der Verdingungsunterlagen: 10. Oktober 2014

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 15,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0316

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

31. Oktober 2014, 10.00 Uhr,

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) liegt bei.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 1. Dezember 2014

- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

- x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen:

Herr Röhl, Telefon: 040 / 4 28 42 - 2 47

Hamburg, den 11. September 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

703

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 14 A 0314

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

- b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **14 A 0314 Fliesenarbeiten**

Maßnahme: 4121 G 1302

Umbau Haus 1, Südflügel, Interim

- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

- d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

- e) Ort der Ausführung:

Bundeswehrkrankenhaus,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg

- f) Art und Umfang der Leistung:

Die Leistungen umfassen maßgeblich die Lieferung und den Einbau von ca. 71 m² Bodenfliesen einschl. Sockel und Abdichtung sowie von ca. 190 m² Wandfliesen einschl. Fries und Abdichtung in Teilbereichen. Ausführung im Bestand, in drei Geschossen (EG, 1. OG, 2. OG).

- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

- h) Aufteilung in Lose: Nein

- i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 19. Januar 2015

Fertigstellung der Leistung: 14. September 2015

- j) Nebenangebote: sind zugelassen

- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 1. Oktober 2014

Versand der Verdingungsunterlagen: 9. Oktober 2014

- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 7,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0314

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

- q) Angebotseröffnung:

30. Oktober 2014, 10.00 Uhr,

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) liegt bei.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 1. Dezember 2014
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen:
Herr Röhl, Telefon: 040 / 4 28 42 - 2 47

Hamburg, den 11. September 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

704

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Postanschrift:

Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Frau Joos

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 26 - 22 26

E-Mail: carolin.joos@lsbg.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Siehe Anhang A.III

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Bauwesen

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Überplanung des Straßenzuges Ehestorfer Heuweg von der Einmündung Cuxhavener Straße/ Ehestorfer Heuweg bis zum Rehwechsel in Hamburg, VOF-Verfahren zur Suche eines Objektplaners für die Verkehrsanlagen Lph. 1, 2 (tlw.), 3 (tlw.), 5-6 und optional 8-9 gemäß § 47 HOAI sowie Besondere Leistungen (insb. örtliche Bauüberwachung).

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Der Ehestorfer Heuweg zwischen Cuxhavener Straße und der Landesgrenze zu Niedersachsen ist Hauptverkehrsstraße (10.000 Kfz/d im nördlichen Teil (2011), 8.200 im südlichen Teil (2002); 5 % Schwerverkehrsanteil,) mit Busverkehr und mit wichtiger Verbindungs- und Erschließungs-

funktion für den Fuß- und Radverkehr (u.a. Rudolf-Steiner-Schule). Der nördlich benachbarte Knotenpunkt ist mit zu betrachten unter dem Gesichtspunkt einer komfortablen und verkehrssicheren Führung des Radverkehrs.

Eine Machbarkeitsstudie ist bereits vorhanden. Die daraus gewonnen Erkenntnisse sollen umgesetzt werden. Somit beziehen sich die Schwerpunkte der Überplanung auf die Förderung des Radverkehrs, Verkehrssicherheit für alle Beteiligten, teilweise Deckensanierung und auf den Umbau von vorhandenen Wassergräben am Straßenrand. Die Streckenlänge beträgt ca. 3 km. Die Baukosten belaufen sich auf ca. 5 Mio. Euro.

Im Zuge dieser Vergabe sollen die erforderlichen Planungsleistungen vergeben werden.

Im Einzelnen:

- Objektplanung Verkehrsanlagen (Lph. 1, 2 (tlw.), 3 (tlw.), 5, 6 sowie optional 8 und 9 gemäß § 47 HOAI);
- Besondere Leistungen: Leitungstrassenplanung, Koordination der Leitungsarbeiten in der Planungsphase, verkehrstechnische Bearbeitung LSA, Bauvorbereitung (Bauablaufplanung)
- optionale Besondere Leistungen: örtliche Bauüberwachung, Leitungskoordination in der Bauphase, Koordination mit anderen Projekten, Besondere Leistungen der Bauoberleitung gemäß HOAI Anlage 13, Miterstellen von Pressemitteilungen und Anlieferinformationen.

Die Vertragslaufzeit beginnt direkt nach Abschluss des Vergabeverfahrens (voraussichtlich Februar 2015). Die Bauzeit soll voraussichtlich Anfang 2017 beginnen und Ende 2017 abgeschlossen sein.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 71300000
Ergänzende Gegenstände: 71320000
71322500

II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**

II.1.8) **Aufteilung in Lose: Nein**

II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein**

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

- Objektplanung Verkehrsanlagen (Lph. 1, 2 (tlw.), 3 (tlw.), 5, 6 sowie optional 8 und 9 gemäß § 47 HOAI);
- Besondere Leistungen: Leitungstrassenplanung, Koordination der Leitungsarbeiten in der Planungsphase, verkehrstechnische Bearbeitung LSA, Bauvorbereitung (Bauablaufplanung);
- optionale Besondere Leistungen: örtliche Bauüberwachung, Leitungskoordination in der Bauphase, Koordination mit anderen Projekten, Besondere Leistungen der Bauoberleitung gemäß HOAI Anlage 13, Miterstellen von

Pressemitteilungen und Anlieferinformationen.

II.2.2) **Angaben zu Optionen: Ja**

- Objektplanung Verkehrsanlagen Lph. 8 und 9 gemäß § 47 HOAI;
- örtliche Bauüberwachung, Leitungskoordination in der Bauphase, Koordination mit anderen Projekten, Besondere Leistungen der Bauoberleitung gemäß HOAI Anlage 13, Miterstellen von Pressemitteilungen und Anlieferinformationen.

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung:**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 87 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:**

Haftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von 1.500.000 Euro und für sonstige Schäden in Höhe von 500.000 Euro Deckungssumme. Es ist ein Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Abschlagszahlungen werden gemäß Projektfortschritt bis zu einer Höhe von 95 v.H. der Auftragssumme ausgezahlt.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein**

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Folgende Erklärungen und Nachweise (Punkte III.2.1 bis III.2.3 der Bekanntmachung) sind in der aufgeführten Reihenfolge vorzulegen. Darüber hinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht. Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Unterlagen von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Für den Fall, dass für die Erbringung der Leistungen Nachunternehmer vorgesehen werden, sind vom Nachunternehmer mindestens die Unterlagen zu Nr. 1-4, 7, 8, 13 und 14 der nachfolgend aufgeführten Punkte den Unterlagen beizufügen.

Für Bewerbergemeinschaften: Die Unterlagen des Teilnahmeantrages sind so zusammenzustellen,

dass unter jedem der aufgeführten Punkte (geforderte Unterlagen) die Unterlagen von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft hinterlegt sind.

1.) Erklärung nach § 4 (2) VOF: Von dem Bewerber sind Auskünfte zu erteilen, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit Unternehmen bestehen.

2.) Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 4 (9) a)-d) VOF besteht und dass keine Ausschlussgründe nach § 4 (6) a)-g) VOF vorliegen.

3.) Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregistrauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

4.) Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung (Berufshaftpflichtversicherung mit der Mindestdeckungssumme gemäß Nummer III.1.1 der Bekanntmachung).

5.) Nachweise nach § 5 (4) c) VOF: Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz für vergleichbare Leistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren (Vergleichbare Leistungen sind Objektplanungsleistungen für innerstädtische Verkehrsanlagen (Straßenbau) mit Baukosten >1.500.000 Mio. Euro.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 5.) Mindestumsatz bei vergleichbaren Leistungen: 300.000,- Euro.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

6.) Nachweise nach § 5 (5) a) VOF: Berufliche Befähigung der für die Leistung verantwortlichen Personen (Urkunden).

7.) Nachweise nach § 5 (5) b) VOF: Angaben des Bewerbers über vergleichbare Referenzprojekte (Referenzen des Unternehmens seit 2011, Nachweis der besonderen Kompetenz/Erfahrungen des Bewerbers in der Erbringung vergleichbarer Leistungen unter Angabe entsprechender Referenzprojekte (für jedes Referenzprojekt sind mindestens folgende Informationen anzugeben: Leistungszeitraum, Angabe der vom Unternehmen erbrachten Leistungen für das jeweilige Referenzprojekt, Beschreibung der Besonderheiten des jeweiligen Referenzprojektes, Auftragssummen, Ansprechpartner). Erwünscht sind insbesondere Erfahrungen (im relevanten Zeitraum) in Bezug auf Objektplanungsleistungen für innerstädtische Verkehrsanlagen (Straßenbau) mit Baukosten >1.500.000 Mio. Euro.

8.) Nachweise nach § 5 (5) c) VOF: Angabe technische Leitung.

9.) Nachweise nach § 5 (5) d) VOF: Anzahl der Beschäftigten in den letzten 3 Jahren (gesamt) und Anzahl der Beschäftigten im Bereich der geforderten Dienstleistungen.

10.) Nachweise nach § 5 (5) e) VOF: Angabetechnische Ausstattung.

11.) Nachweise nach § 5 (5) f) VOF: Angaben zur Gewährleistung der Qualität.

12.) Nachweise nach § 5 (5) h) VOF: Angaben andere Unternehmen (Unterauftrag).

13.) Benennung der Personen gem. § 4 Abs. 3 VOF, die die Leistungen tatsächlich erbringen inkl. Angabe über Funktion im Team und Angabe der vorgesehenen zu erbringenden Leistung(en) des jeweiligen Bearbeiters (Organigramm).

14.) Nachweis der Qualifikation der gemäß § 4 Abs. 3 VOF anzugebenden Person(en), insbesondere deren persönliche vergleichbare Referenzen im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen (Referenzen seit 2011, für jedes Referenzprojekt sind mindestens folgende Informationen anzugeben: Leistungszeitraum, Angabe der vom jeweiligen Mitarbeiter erbrachten Leistungen für das jeweilige Referenzprojekt, Beschreibung der Besonderheiten des jeweiligen Referenzprojektes, Auftragssummen, Ansprechpartner). Dabei sind insbesondere die Nachweise zu folgenden Personen vorzulegen: Projektleiter (Hauptansprechpartner für den AG, der an sämtlichen Besprechungen teilnimmt), hauptverantwortlicher Objektplaner und Bauoberleiter (Lph 8). Erwünscht sind insbesondere Erfahrungen (im relevanten Zeitraum) in Bezug auf Objektplanungsleistungen für innerstädtische Verkehrsanlagen (Straßenbau) mit Baukosten >1.500.000 Mio. Euro.

15.) Konzept zur Sicherstellung der örtlichen Verfügbarkeit während der Bauausführung.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

– Referenzen des Bewerbers (Unternehmen): 35 %,

– Referenzen Projektleiter (Hauptansprechpartner): 17 %,

- Referenzen hauptverantwortlicher Objektplaner Verkehrsanlagen: 13 %,
 - Referenzen Bauoberleiter (Lph 8): 10 %,
 - Gesamtumsatz: 4 %,
 - Umsatz bei vergleichbaren Leistungen: 6 %,
 - Konzept örtliche Verfügbarkeit: 10 %,
 - Gesamteindruck der Bewerbung: 5 %.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
Ö-S2-319-14
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
7. Oktober 2014, 10.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**
- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: –
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
– Für die Ausschreibung gibt es keine weiteren ergänzenden Unterlagen. Alle notwendigen Angaben zur Erstellung des Teilnahmeantrages sind in der Bekanntmachung enthalten.
- Anfragen zum Verfahren bitte nur per E-Mail.
- Der Teilnahmeantrag ist in Papierform einzureichen (A4-Ordner mit Register).
- Der Teilnahmeantrag ist einzureichen bei: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA; Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg.
- Den Teilnahmeantrag bitte an die Adresse gemäß Anhang A.III senden. Der Teilnahmeantrag ist bitte mit folgendem Hinweis versehen: „Aktenzeichen: Ö-S2-319-14; Überplanung Straßenzug Ehestorfer Heuweg in Hamburg; Vergabe der Leistungen Objektplanung Verkehrsanlagen; Nicht vor dem 7. Oktober 2014, 10.30 Uhr öffnen“.
- Nach Eingangsschluss erfolgt die Auswertung der Teilnahmeanträge. Gemäß Punkt IV.1.2) werden 3 bis maximal 5 Teilnehmer/Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland,
Telefax: +49 (0)40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Siehe Kontaktstelle unter Punkt I.1) der Bekanntmachung.
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
5. September 2014
- ANHANG A**
- SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**
- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind: –**
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem): –**
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n): ZVA

Hamburg, den 10. September 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

705

**Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

- a) Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Einkauf/Vergabe U 40, zu Händen von Christine Nehls,
Telefon: 040/4 28 23 - 63 04, Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Es werden zwei zeitlich befristete Rahmenverträge ausgeschrieben, aufgrund derer die vorgesehenen bis zu 24 Vertragsunternehmen für SBH | Schulbau Hamburg und bis zu 6 Vertragsunternehmen für GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im jeweiligen Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Leistungspositionen ohne Mengenangabe (Menge 1) durchgeführt.

Es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst findet für beide Verträge ein gemeinsamer öffentlicher Teilnahmewettbewerb statt. Die Bewerbungsunterlagen für den Teilnahmewettbewerb sind bei der unter a) angegebenen Stelle abzufordern.

In die engere Wahl kommen nur solche Teilnahmeanträge und Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden.

Aus dieser Bewerbung folgen 2 getrennte Angebotsverfahren: 1. Auftraggeber SBH; Gegenstand sind durch SBH betreute Schulen, 2. Auftraggeber GMH; Gegenstand sind durch GMH | Gebäudemanagement Hamburg betreute Schulen und Immobilien. Der Auftraggeber GMH wird die gesamte Beauftragung und Rechnungsstellung bis mindestens Ende 2015 über das Onlineportal „mareon“ abwickeln. Dazu ist es für den Handwerker zwingend erforderlich, sich unter www.mareon.com zu registrieren. Weitere Informationen zum Ablauf und über Kosten zur Nutzung dieses Dienstes finden Sie ebenfalls auf zuvor genanntem Onlineauftritt. Die Nutzungsgebühren werden vom Auftraggeber nicht gesondert vergütet und sind in die Einzelpositionen einzurechnen.

Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angeboten der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, bereinigte Mittelpreise errechnet. Das entsprechende Preisverzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieterinnen und Bieter mit der Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind. Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen. Für SBH sind insgesamt bis zu 24 Unternehmen, für GMH sind insgesamt bis zu 6 Unterneh-

men vorgesehen. Ein Anspruch auf eine Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe, ein bestimmtes Auftragsvolumen oder eine bestimmte Region innerhalb der Hansestadt Hamburg kann daraus nicht abgeleitet werden.

HINWEIS: Die zu schließenden Verträge unterliegen dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen werden diese nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung können die Verträge Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen und Immobilien der Freien und Hansestadt Hamburg die in der Bewirtschaftung von SBH | Schulbau Hamburg und GMH | Gebäudemanagement Hamburg stehen.
- f) Vergabenummer: **SBH ÖT 002/2014**

Die Rahmenverträge „ANSTRICHARBEITEN“ beinhalten die Ausführung von Maler- und Lackierarbeiten in der Instandhaltung der Gebäude. Sie dienen als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung sowie Reparaturleistungen und sonstiger Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang. Nach den Rahmenverträgen können Aufträge von max. 5.000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt für alle am SBH-Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 25 Firmen) auf 1.100.000,- Euro/Jahr netto geschätzt, für alle am GMH-Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 6 Firmen) auf 160.000,- Euro/Jahr.

- g) Entfällt
- h) siehe Buchstabe d)
- i) Beginn 1. Januar 2015, Ende 31. Dezember 2015 mit der Option auf Verlängerung.
- j) Entfällt
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 30. September 2014 um 12.00 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o).
- n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden voraussichtlich Ende Oktober 2014 an die qualifizierten Firmen verschickt. Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Mitte November 2014 stattfinden.
- o) Anschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde,
SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe U 40,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am: –
Anschrift siehe Buchstabe o).
Die Öffnung der Teilnahmeanträge ist nicht öffentlich.
- r) keine
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistersauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263

StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“

- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

HINWEIS:

Bitte fordern Sie den Teilnahmeantrag per E-Mail bei folgender E-Mail-Adresse ab:
vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Alternativ können Sie unter ANGABE IHRER E-Mail-Adresse den Teilnahmeantrag per Fax abfordern:Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 15. Dezember 2014.

- w) Beschwerdestelle:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald (Geschäftsführung),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 10. September 2014

Die Finanzbehörde

706

Öffentliche Ausschreibungen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Öffentliche Ausschreibung VOL – ÖA-Z12-35/2014

Die Behörde für Justiz und Gleichstellung Hamburg – Strafvollzugsamt V14 –, Suhrenkamp 100, 22335 Hamburg, Telefon: 040/428 001-429, Telefax: 040/428 001-464, E-Mail: Luise.Rauchhaupt@justiz.hamburg.de, beabsichtigt, die Vergabe der **Lieferung von Flachwäsche (Bettbezüge, Handtücher etc.) für alle Hamburger Justizvollzugsanstalten**, im öffentlichen Wettbewerb neu zu vergeben. Der Vertrag soll für einen Zeitraum von zwei Jahren geschlossen werden und hat einen geschätzten Auftragswert von 120.000,- Euro. Auswahlkriterium ist 60 % Qualität, 40 % Preis.

Einreichungstermin ist der 29. Oktober 2014, 10.00 Uhr (ÖA-Z12-35/2014).

Interessierte Anbieter können bei der o.a. Anschrift die erforderlichen Vergabeunterlagen schriftlich und kostenlos abfordern.

Hamburg, den 10. September 2014

**Die Behörde für Justiz und Gleichstellung
– Strafvollzugsamt –**

707

Die Behörde für Schule und Berufsbildung, Zentrale Vergabestelle – V234 –, schreibt die Lieferung von **Stempelpaletten und Hauptuntersuchungspaletten zur Anbringung auf deutschen KFZ-Kennzeichen** unter der Projektnummer: **2014000074** öffentlich aus.

Vergabeart: Offenes Verfahren (EU)

Abforderungsfrist für Vergabeunterlagen: 8. Oktober 2014

Ende der Angebotsfrist: 21. Oktober 2014, 10.00 Uhr

Ausführungsfrist: 1. Januar 2015 bis 31. Oktober 2016

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und die Angebote elektronisch einreichen.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer **2014000074** per E-Mail unter ausschreibungen@bsb.hamburg.de abgefordert werden.

Hamburg, den 10. September 2014

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

708

Die Behörde für Schule und Berufsbildung, Zentrale Vergabestelle – V234 –, schreibt die **Lieferung von Dokumentenklebesiegeln (DKS), Feinstaubplaketten, SP-Schilder und SP-Prüfmarken für den Landesbetrieb Verkehr (LBV)** unter der Projektnummer: **2014000079** öffentlich aus.

Vergabeart: Offenes Verfahren (EU)

Abforderungsfrist für Vergabeunterlagen: 8. Oktober 2014

Ende der Angebotsfrist: 21. Oktober 2014, 10.00 Uhr

Ausführungsfrist: 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2017

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und die Angebote elektronisch einreichen.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer **2014000079** per E-Mail unter ausschreibungen@bsb.hamburg.de abgefordert werden.

Hamburg, den 10. September 2014

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

709

Die Behörde für Schule und Berufsbildung, Zentrale Vergabestelle – V234 –, schreibt die **Zulassungsbescheinigungen Teil 1** unter der Projektnummer: **2014000083** öffentlich aus.

Vergabeart: Offenes Verfahren (EU)

Abforderungsfrist für Vergabeunterlagen: 15. Oktober 2014

Ende der Angebotsfrist: 22. Oktober 2014, 10.00 Uhr

Ausführungsfrist: 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2017

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und die Angebote elektronisch einreichen.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer **2014000083** per E-Mail unter ausschreibungen@bsb.hamburg.de abgefordert werden.

Hamburg, den 10. September 2014

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

710

Hamburg Port Authority Anstalt des öffentlichen Rechts, Hamburg
Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

	31.12.2013 EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	21.740.532,95	18.821.592,69
2. Geleistete Anzahlungen	7.108.493,79	4.983.443,54
	<u>28.849.026,74</u>	<u>23.805.036,23</u>
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	998.503.326,56	823.029.959,47
2. Technische Anlagen und Maschinen	293.366.607,74	270.369.637,88
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.429.289,20	22.358.468,24
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	171.349.897,15	122.596.200,07
	<u>1.484.649.120,65</u>	<u>1.238.354.265,66</u>
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	16.453,00	16.453,00
	<u>1.513.514.600,39</u>	<u>1.262.175.754,89</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.929.908,17	2.583.384,75
2. Fertige Erzeugnisse	0,00	94.987.567,19
	<u>2.929.908,17</u>	<u>97.570.951,94</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.107.626,64	7.955.075,20
2. Forderungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg und verbundene Unternehmen	204.400.026,02	112.687.324,58
3. Sonstige Vermögensgegenstände	5.795.972,43	5.306.416,36
	<u>219.303.625,09</u>	<u>125.948.816,14</u>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	99.116.682,63	55.990,08
	<u>321.350.215,89</u>	<u>223.575.758,16</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	615.919,47	264.384,00
	<u>1.835.480.735,75</u>	<u>1.486.015.897,05</u>

PASSIVA

	31.12.2013 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	150.000.000,00	150.000.000,00
II. Kapitalrücklage	867.155.838,65	560.419.352,28
III. Bilanzverlust	0,00	-26.041.869,02
	<u>1.017.155.838,65</u>	<u>684.377.483,26</u>
B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	<u>283.323.114,17</u>	<u>280.494.129,71</u>
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	144.231.433,23	127.345.492,57
2. Steuerrückstellungen	450.000,00	0,00
3. Sonstige Rückstellungen	124.826.039,39	126.471.284,12
	<u>269.507.472,62</u>	<u>253.816.776,69</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	227.803.738,85	205.850.616,03
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.168.628,28	19.632.959,23
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg und verbundenen Unternehmen	1.003.446,27	5.468.725,25
4. Sonstige Verbindlichkeiten	17.983.736,02	31.688.740,94
	<u>261.959.549,42</u>	<u>262.641.041,45</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>3.534.760,89</u>	<u>4.686.465,94</u>
	<u>1.835.480.735,75</u>	<u>1.486.015.897,05</u>

Hamburg Port Authority Anstalt des öffentlichen Rechts, Hamburg
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	280.680.206,55	156.976.795,45
2. Verminderung des Bestands an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	-94.987.567,19	0,00
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	14.639.232,88	14.191.057,61
4. Sonstige betriebliche Erträge	78.977.895,81	72.487.134,92
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.226.118,22	12.368.901,69
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	128.072.504,28	132.000.434,73
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	85.102.194,66	82.040.306,02
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung	20.148.111,72	17.831.709,49
	EUR 3.564.134,41 (Vorjahr: EUR 1.944.509,24)	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	46.415.021,46	43.465.874,65
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	52.324.007,18	46.090.682,26
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.486.238,22	7.454.732,30
davon aus der Freien und Hansestadt Hamburg		
EUR 2.206,30 (Vorjahr: EUR 11.897,39)		
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23.317.134,32	19.639.438,73
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-79.809.085,57	-102.327.627,29
12. Außerordentliche Erträge	1.587.180,60	1.587.180,60
13. Außerordentliche Aufwendungen	1.970.415,66	2.515.007,32
14. Außerordentliches Ergebnis	-383.235,06	-927.826,72
15. Sonstige Steuern	6.392.301,37	5.109.735,79
16. Jahresfehlbetrag	-86.584.622,00	-108.365.189,80
17. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-26.041.869,02	-32.429.679,22
18. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	112.626.491,02	114.753.000,00
19. Bilanzverlust	0,00	-26.041.869,02

Hamburg Port Authority Anstalt des öffentlichen Rechts, Hamburg

Anhang zum Jahresabschluss

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013

(1) Grundlagen

Der Jahresabschluss der Hamburg Port Authority Anstalt des öffentlichen Rechts, Hamburg, (HPA) wurde gemäß § 13 Abs. 2 des Gesetzes zur Errichtung der Hamburg Port Authority (HPAG) aufgestellt. Die Aufstellung erfolgte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, soweit die weiteren Vorschriften des HPAG einer Anwendung der handelsrechtlichen Vorschriften nicht entgegenstehen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Das Geschäftsjahr der HPA entspricht dem Kalenderjahr.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend planmäßig linear abgeschrieben. Hierbei liegen die Nutzungsdauern zwischen 3 und 5 Jahren. Die HPA hat keine selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenstände aktiviert.

Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten und, sofern sie der Abnutzung unterliegen, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauern liegen zwischen 3 (Hardware) und 75 Jahren (Eisenbahnbrücken aus Stahl). Bei voraussichtlich andauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

In die Herstellungskosten sind Fremdkapitalzinsen gemäß § 255 Abs. 3 Satz 2 HGB einbezogen worden.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, städtische Gebäude und sonstige von der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) übernommene Anlagen, für die keine historischen Restbuchwerte ermittelt werden konnten, sind zum 1. Oktober 2005 auf der Grundlage von Ertrags- und Vergleichswerten bewertet worden. Das Grundvermögen unterliegt aufgrund gesetzlicher Vorschriften dem Verbot der Beleihung und Veräußerung. Das Ertragswertverfahren wurde insbesondere für vermietete Flächen mit und ohne Kaimaueranschluss sowie für die nicht vermieteten, aber vermietbaren Flächen angewendet. Für sonstige Flächen fand ein Vergleichswertverfahren Anwendung. Für Wasserflächen wurde ein Erinnerungswert von 1 EUR angesetzt, da hier sowohl das Ertragswert- als auch das Vergleichswertverfahren nicht zur Anwendung gebracht werden kann.

Geringwertige Anlagegegenstände bis 150 EUR Anschaffungskosten werden ab dem 1. Januar 2008 im Jahr des Zugangs sofort abgeschrieben. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR, die nach dem 31. Dezember 2007 zugegangen sind, wird ein Sammelposten gebildet, der jährlich mit 20 % linear abgeschrieben wird.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Die unter den *Vorräten* ausgewiesenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Tageswerten (Niederstwert) bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nominalwert bzw. zum Barwert unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Liquide Mittel sind zum Nennwert bewertet worden.

Als *Rechnungsabgrenzungsposten* sind Ausgaben bzw. Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Pensionsrückstellungen werden gemäß Beschluss der Senatskommission der FHH für öffentliche Unternehmen vom 30. November 2010 nach der Anwartschaftsbarwertmethode (Projected Unit Credit Method) bilanziert. Die korrespondierende Forderung gegen die FHH ist ebenfalls nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (analog zur Ermittlung der Pensionsrückstellung) bewertet worden.

Sonstige Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. Die Rückstellungen für Altersteilzeit und Jubiläen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet worden. Die Aufstockungsbeträge der Altersteilzeitvereinbarungen haben Abfindungscharakter.

Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag vorgenommen. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung monatlich ermittelt und bekanntgegeben werden.

Eine Aufwandsrückstellung nach § 249 Abs. 2 HGB a.F. in Höhe von insgesamt 5.000 TEUR wurde gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der Ansatz *latenter Steuern* gemäß § 274 HGB kommt nicht in Frage, da die HPA als Infrastrukturunternehmen ausschließlich steuerliche Verluste erzielt, welche durch Eigenkapitalzuführungen der FHH ausgeglichen werden. Bedingt durch den Charakter als Infrastrukturunternehmen sowie der Konstruktion der Finanzierung, führen die bestehenden Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen durch einen Abbau in späteren Geschäftsjahren in absehbarer Zeit nicht zu Steuerbe- und -entlastungen.

Aufgrund von Bewertungsunterschieden bestehen im Anlagevermögen und den Rückstellungen Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen.

(3) Erläuterungen zur Bilanz**Anlagevermögen**

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel am Schluss des Anhangs dargestellt.

Die Finanzanlagen beinhalten die Beteiligung an der Polder – Seehäfen – Harburg GmbH, Hamburg, mit einem Beteiligungsansatz von 9 TEUR. Die Beteiligung der HPA beträgt

rund 9 % des Eigenkapitals von 102 TEUR, der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2012/13 hat 3 TEUR betragen.

Vorräte

Die im Vorjahr als fertige Erzeugnisse aufgeführten zum Zwecke der Vermietung hergestellten Kaimauerneubauten wurden nach Unterzeichnung der Verträge vollständig als Bestandsveränderung ausgebucht.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

in TEUR		31.12.2013	31.12.2012
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.108	7.955
	davon mit einer Restlaufzeit mehr als 1 Jahr	0	0
	Forderungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg und vbU	204.400	112.687
	davon mit einer Restlaufzeit mehr als 1 Jahr	178.653	96.234
	sonstige Vermögensgegenstände	5.796	5.306
	davon mit einer Restlaufzeit mehr als 1 Jahr	133	151
	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	219.304	125.948
	davon mit einer Restlaufzeit mehr als 1 Jahr	178.786	96.385

Der Bilanzposten Forderungen gegen die FHH und verbundene Unternehmen enthält mit 104.357 TEUR (im Vorjahr 15.164 TEUR) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie mit 100.043 TEUR (im Vorjahr 97.523 TEUR) sonstige Forderungen. In den Forderungen aus Lieferun-

gen und Leistungen gegen die FHH und verbundene Unternehmen sind 95.477 TEUR (im Vorjahr 0 TEUR) abgezinsten Forderungen aus der langfristigen Vermietung von vier Kaimauern enthalten.

Eigenkapital

in TEUR		31.12.2013	31.12.2012
	Gezeichnetes Kapital	150.000	150.000
	Kapitalrücklage	867.156	560.419
	davon Kapitaleinlage	419.572	79.690
	davon Kapitalentnahme	-112.836	-114.753
	Bilanzverlust	0	-26.042
	davon aus Jahresergebnis	-86.585	-108.365
	davon aus Entnahme aus Kapitalrücklage	112.626	114.753
	Eigenkapital	1.017.156	684.377

Aufgrund der Änderung des Finanzierungssystems der HPA im Jahr 2009 erhält diese seither jährliche Tranchen aus dem Erlös des Teilbörsengangs der Hamburger Hafen und Logistik AG, Hamburg, (HHLA), der sogenannten „HHLA-Milliarde“, um die Entwicklung und die Bewirtschaftung des Hamburger Hafens zu finanzieren. Diese Tranchen werden der Kapitalrücklage zugeführt. Die Zuführung im Geschäftsjahr betrug 249.400 TEUR.

Aus der Kapitalrücklage sind 112.626 TEUR für laufende Aufwendungen entnommen worden, wobei 67.600 TEUR für Projekte und 45.026 TEUR für Instandhaltungen bestimmt waren.

Sonderposten für Investitionszuschüsse

Das Finanzierungssystem der HPA wurde während des Geschäftsjahres 2009 grundlegend umgestellt. Bis zum 30. April

2009 erhielt die HPA öffentliche Zuwendungen für die Investitionen und Projekte zum Erhalt und Ausbau der allgemeinen Infrastruktur, die überwiegend dem Sonderposten zugeführt wurden. Ab 1. Mai 2009 wurde die Finanzierung weitgehend durch jährliche Tranchen aus der „HHLA-Milliarde“ ersetzt, die der Kapitalrücklage zugeführt und von dort zu Gunsten des Bilanzergebnisses entnommen werden. Die Auflösung des *Sonderpostens für Investitionszuschüsse* zum Anlagevermögen erfolgt rätierlich in Höhe der jeweiligen Abschreibungsbeträge. Somit stellt der Sonderposten in seiner Höhe den Restbuchwert der durch Zuwendungen geförderten allgemeinen Infrastruktur dar.

Rückstellungen

in TEUR		31.12.2013	31.12.2012
	Rückstellungen Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	144.231	127.345
	Steuerrückstellungen	450	0
	Rückstellungen für den Personalbereich	14.712	15.775
	Andere sonstige Rückstellungen	110.114	110.697
	davon für ausstehende Rechnungen	30.066	23.844
	davon für Stiftung Lebensraum Elbe	9.142	10.467
	davon für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	3.686	5.059
	davon für Nachsorgeverpflichtungen für Baggergut	36.713	35.430
	davon für Instandhaltungsbaggerungen	500	6.080
	davon für Risikovorsorge Hamburger Aluminium Werke	5.000	5.000
	davon für Kampfmittelräumung	3.565	3.457
	davon Zuwendungszusagen privater Hochwasserschutz	18.679	17.289
	Gesamtbetrag der Rückstellungen	269.507	253.817

Für die Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung der Anwartschaftsbarwertmethode vorgenommen. Dabei wurde ein Zinssatz von 4,88% sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von 2,0% zugrunde gelegt. Die angenommene Rentensteigerung beträgt 1,0% für Arbeiter/Angestellten und 2,0% für Beamte. Es wurden die Sterbetafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der Rechnungszins für die Abzinsung wurde pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz lt. Bundesbank angesetzt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Durch die Umstellung der Bewertung der Pensionsrückstellungen und Beihilfen nach BilMoG und der FHH-weiten Umstellung der Berechnung auf die Anwartschaftsbarwertmethode ergab sich im Jahr 2010 ein zusätzlicher einmaliger Rückstellungsbetrag in Höhe von 26.098 TEUR für Pensionsrückstellungen und 3.459 TEUR für Beihilfen. Von der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB wurde Gebrauch gemacht und von diesem Betrag jährlich ein Fünfzehntel den Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.740 TEUR und 230 TEUR den Beihilfen zugeführt. Die Zuführung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als außerordentlicher Aufwand gezeigt. Der noch nicht in der Bilanz ausgewiesene Betrag aus der Erstanwendung in

Höhe von nunmehr 19.138 TEUR wird für Pensionsrückstellungen und 2.536 TEUR für Beihilfen innerhalb des verbleibenden Übergangszeitraums gleichmäßig den Pensionsrückstellungen zugeführt.

Die HPA ist aufgrund des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Lebensraum Elbe“ vom 11. Mai 2010 verpflichtet, der Stiftung ab dem 1. März 2009 jährlich 4% der Hafengeldeinnahmen (Hafengeld und Liegegeld) des Vorjahres zu zahlen. Diese Verpflichtung endet, wenn der Stiftung nach diesem Gesetz insgesamt 40 Mio. EUR zugewendet worden sind; nach Berechnung der HPA wird dies voraussichtlich im Jahr 2020 sein.

Aufgrund von Eingriffen in die Natur, die durch laufende Projekte der HPA verursacht wurden, ist gemäß dem Hamburgischen Naturschutzgesetz eine Rückstellung für *Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen* gebildet worden (3.686 TEUR).

Die Rückstellung für *Nachsorgeverpflichtungen* für Baggergut beinhaltet einen langfristigen Anteil für die Nachsorgeverpflichtungen der Schlickdeponien der HPA (21.713 TEUR).

Die Rückstellung für *Risikovorsorge Hamburger Aluminium Werke* (HAW) wurde für Bodenverunreinigungen des seinerzeit an die HAW vermieteten Grund und Bodens getroffen (5.000 TEUR).

Verbindlichkeiten

in TEUR		31.12.2013	31.12.2012
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	227.804	205.851
	davon mit einer Restlaufzeit weniger als 1 Jahr	14.460	13.546
	davon mit einer Restlaufzeit über 5 Jahren	157.006	140.865
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.169	19.633
	davon mit einer Restlaufzeit weniger als 1 Jahr	15.169	19.633
	davon mit einer Restlaufzeit über 5 Jahren	0	0
	Verbindlichkeiten gegenüber der FHH und verbundenen Unternehmen	1.003	5.469
	davon mit einer Restlaufzeit weniger als 1 Jahr	1.003	5.469
	davon mit einer Restlaufzeit über 5 Jahren	0	0
	Sonstige Verbindlichkeiten	17.984	31.689
	davon mit einer Restlaufzeit weniger als 1 Jahr	11.887	25.578
	davon mit einer Restlaufzeit über 5 Jahren	42	55
	Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten	261.960	262.641
	davon mit einer Restlaufzeit weniger als 1 Jahr	42.519	64.226
	davon mit einer Restlaufzeit über 5 Jahren	157.048	140.920

Der Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber der FHH und verbundenen Unternehmen enthält mit 0 TEUR (im Vorjahr 4.992 TEUR) sonstige Verbindlichkeiten sowie mit 1.003 TEUR (im Vorjahr 477 TEUR) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Es bestehen keine durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte besicherten Verbindlichkeiten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

in TEUR		31.12.2013	31.12.2012
	Mehrfährige Miet-, Leasing- und Wartungsverträge	27.048	26.279
	davon gegenüber verbundenen Unternehmen	6.515	6.510
	Bestellobligos	203.310	221.617
	Förderprogramm privater Hochwasserschutz	74.591	76.711
	Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen	304.949	324.607

(4) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**Gliederung der Umsatzerlöse**

in TEUR		2013	2012
	Mieterlöse Flächen	63.059	59.280
	Mieterlöse Kaimauern	17.026	11.903
	Sonstige Mieterlöse	6.049	5.063
	Gesamtmieterlöse	86.134	76.246
	Hafengeld (inkl. sonstiger Erlöse aus Hafenbetrieb)	48.425	47.714
	Hafenbahnerlöse	19.164	19.101
	Elbtunnelentgelte	99	129
	Gebühren	3.395	4.173
	Instandhaltungserlöse und sonstige Dienstleistungen	12.177	9.614
	Periodenfremde Umsatzerlöse	111.286	0
	Summe der Umsatzerlöse	280.680	156.977

Mieterlöse Kaimauern

Die Mieterlöse für Kaimauern in Höhe von 17.026 TEUR (im Vorjahr 11.903 TEUR) enthalten neben echten laufenden Mieten für Kaimauern von 12.207 TEUR (im Vorjahr 11.903 TEUR) erstmals eine Unterposition für „Zinsen/Marge Kaimauern“ in Höhe von 4.818 TEUR. Diese beinhaltet die lineare Verteilung der Gewinnmarge aus der Vermietung von vier Kaimauern mit Übergang des wirtschaftlichen Eigentums auf den Mieter über die Vertragslaufzeiten sowie die Aufzinsungsbeträge der daraus resultierenden Forderungen. Bei dem Ausweis der Aufzinsungsbeträge unter den Umsatzerlösen handelt es sich um ein Wahlrecht, das die HPA aus Gründen der übersichtlicheren Darstellung ausgeübt hat.

Periodenfremde Umsatzerlöse

Die Position „*Periodenfremde Umsatzerlöse*“ mit 111.286 TEUR (Vorjahr: 1.081 TEUR) wurde bis zum Vorjahr als „Periodenfremde Erträge“ in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Sie beinhaltet im Wesentlichen Erlöse aus der Nachbelastung von Mieten mit 4.284 TEUR, die abgezinsten Forderungen von vier Kaimauern mit 94.988 TEUR, die aus dem Abschluss von vier Nachträgen zu Mietverträgen resultieren und den Übergang des wirtschaftlichen Eigentums auf den Mieter nach sich ziehen, sowie deren Aufzinsungsbeträge für die Zeiten seit Übergabe der Kaimauern bis zum 31. Dezember 2012.

Auflösung/Einstellung Sonderposten für Investitionszuschüsse

Im Geschäftsjahr wurden 26.242 TEUR (im Vorjahr 26.629 TEUR) dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zugeführt, während ertragswirksam 23.413 TEUR (im Vorjahr 24.770 TEUR) aufgelöst wurden.

Periodenfremde Erträge, periodenfremde Aufwendungen

Die *periodenfremden Erträge* betrugen im Geschäftsjahr 4.957 TEUR (im Vorjahr 3.767 TEUR) und betreffen die Auflösung von Rückstellungen. Bis zum Vorjahr wurden Umsatzerlöse aus Vorperioden (in 2012 1.081 TEUR) als „Periodenfremde Erträge“ in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Diese wurden in 2013 als „Periodenfremde Umsatzerlöse“ in die Umsatzerlöse umgliedert; der Vorjahresausweis ist nicht angepasst worden.

Die *periodenfremden Aufwendungen* belaufen sich auf 15.064 TEUR (im Vorjahr 107 TEUR), davon betreffen 4.638 TEUR die Ausbuchung einer uneinbringlichen Forderung gegen die FHH aus der Eröffnungsbilanz 2005 sowie 10.339 TEUR die Anpassung der Pensionsausgleichsforderungen gegen die FHH resultierend aus der versicherungsmathematischen Neuberechnung des Ausgleichsanspruchs.

Zinserträge, Zinsaufwendungen

Die *Zinserträge* beinhalten im Wesentlichen Erträge für die Aufzinsung langfristiger Forderungen in Höhe von 7.182 TEUR (im Vorjahr 7.104 TEUR).

Die Position *Zinsaufwendungen* enthält mit 14.386 TEUR (im Vorjahr 11.964 TEUR) Aufwand aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen.

Außerordentlicher Ertrag, außerordentlicher Aufwand

Der im Geschäftsjahr ausgewiesene *außerordentliche Aufwand* resultiert aus der Bewertungsänderung der Pensionsrückstellung sowie der Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG.

Korrespondierend resultiert der *außerordentliche Ertrag* aus der geänderten Bewertung der Forderung aus Erstattungsansprüchen gegen die FHH.

(5) Sonstige Erläuterungen**Mitarbeiter**

Die HPA beschäftigte durchschnittlich insgesamt 1.808 Mitarbeiter (im Vorjahr 1.780). Es handelt sich hierbei um 181 Beamte (im Vorjahr 183) und 1.627 Arbeiter und Angestellte (im Vorjahr 1.597). Von den Mitarbeitern sind 144 Mitarbeiter Teilzeitbeschäftigte (im Vorjahr 114).

Derivative Finanzinstrumente

Zur langfristigen Zinssicherung von zwei Darlehen wurde über die gesamte Summe und Laufzeit ein Zinsswap abgeschlossen. Der zum 31. Dezember 2013 ermittelte Zeitwert der Zinsswaps beträgt -12.203 TEUR sowie -491 TEUR. Er wurde aufgrund allgemein anerkannter Bewertungsmethoden (Mark-to-Market) ermittelt. Da es sich bei den zugrunde liegenden Geschäften um geschlossene Positionen handelt, ergab sich kein Rückstellungsbedarf. Der Darlehensstand zum 31. Dezember 2013 beträgt 59.038 TEUR bzw. 19.660 TEUR; die Höhe der aus dem Darlehen resultierenden Aufwendungen beträgt 2.715 TEUR bzw. 369 TEUR.

Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 berechnete Gesamthonorar beläuft sich auf 87 TEUR und betrifft Abschlussprüfungsleistungen für 2013 in Höhe von 60 TEUR sowie andere Bestätigungsleistungen in Höhe von 15 TEUR. Weitere 13 TEUR entfallen auf sonstige Leistungen.

Aufsichtsrat

Frank Horch
Aufsichtsratsvorsitzender
Präses der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Jens Lattmann
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
Staatsrat der Finanzbehörde

Herrmann Ebel
Vorstandsvorsitzender der Hansa Treuhand Holding AG

Jana Schiedek
Senatorin, Behörde für Justiz und Gleichstellung
berufen zum 10.12.2013

Christine Beine
Stellv. Geschäftsführerin, Handelskammer Hamburg
berufen zum 10.12.2013

Rolf Kirchfeld
Ehem. Vorstandsmitglied der Vereins- und Westbank AG, Hamburg

Dr. Horst-Michael Pelikahn
Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Forschung
Ausgeschieden am 03.10.2013

Claudia Schick
Beschäftigtenvertreterin der Hamburg Port Authority
Ausgeschieden am 03.10.2013

Rolf Schuberth
Beschäftigtenvertreter der Hamburg Port Authority
Ausgeschieden am 03.10.2013

Burghardt Madsen
Beschäftigtenvertreter der Hamburg Port Authority
Ausgeschieden am 03.10.2013

Ralf Surm
Beschäftigtenvertreter der Hamburg Port Authority
ab 04.10.2013

Silvia Nitsche-Martens
Beschäftigtenvertreterin der Hamburg Port Authority
ab 04.10.2013

Stefan Rechter
Beschäftigtenvertreter der Hamburg Port Authority
ab 04.10.2013

Es besteht ein Finanz- und Personalausschuss.

Geschäftsführung (hauptberuflich)

Herr Jens Meier
Vorsitzender der Geschäftsführung

Herr Wolfgang Hurtienne

Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung

An die Aufsichtsratsmitglieder wurden Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 3 TEUR gezahlt.

Die Bezüge der Geschäftsführung betrugen insgesamt 472 TEUR. Hiervon sind 352 TEUR eine fixe und 120 TEUR eine erfolgsbezogene Komponente.

in TEUR		Meier	Hurtienne
	Fixe Komponente	240	112
	davon Dienstwagen	15	11
	Variable Komponente	75	45
	Gesamtbezüge der Geschäftsführung	315	157

Die variable Komponente beinhaltet jeweils ausschließlich Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Transparenz

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat haben am 05. Dezember 2013 erklärt, dass die Regelungen des Hamburger Corporate Governance Kodexes (HCGK), die von Geschäftsführung und Aufsichtsrat zu verantworten sind (Gliederungspunkte 3 bis 7 des HCGK sowie deren Unterpunkte), eingehalten werden. Von folgenden Punkten wurde abgewichen:

5.1.5 Protokolle über Aufsichtsratsbeschlüsse (Sitzungen, Beschlüsse im Umlaufverfahren etc.) sollen spätestens vier Wochen nach Beschlussdatum allen Aufsichtsratsmitgliedern vorliegen. Begründung: Aufgrund von Reise- bzw. Urlaubszeiten der einzubeziehenden Entscheidungsträger konnte eine rechtzeitige Abstimmung nicht durchgeführt werden.

5.4.5 Falls ein Mitglied des Aufsichtsrates in einem Geschäftsjahr an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Auf-

sichtsrates persönlich teilgenommen hat, soll dies im Bericht des Aufsichtsrates und in der Entsprechenserklärung zum HCGK vermerkt werden. Abweichung: Ein Mitglied des Aufsichtsrates hat an weniger als der Hälfte der Sitzungen persönlich teilgenommen.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie die Entsprechenserklärung werden unter <http://www.hamburg-port-authority.de/presse/broschueren-und-publikationen.html> veröffentlicht.

Konzernverhältnisse

Der Jahresabschluss der HPA wird in den Konzernabschluss der Freien und Hansestadt Hamburg einbezogen.

Der Konzernabschluss wird im Internet veröffentlicht.

Hamburg, den 14. März 2014

Jens Meier	Wolfgang Hurtienne
Vorsitzender der Geschäftsführung	Geschäftsführer

Hamburg Port Authority Anstalt des öffentlichen Rechts, Hamburg

Anschaffungs- oder Herstellkosten				Abschreibungen					Buchwert	Buchwert	
Stand 01.01.2013	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2013	Stand 01.01.2013	laufendes Geschäftsjahr	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012
€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	34.577.228,62	6.805.135,18	0,00	3.739.534,91	45.121.898,71	7.625.729,83	0,00	0,00	23.381.365,76	21.740.532,95	18.821.592,69
2. Geleistete Anzahlungen	4.983.443,54	5.799.477,06	0,00	-3.674.426,81	7.108.493,79	0,00	0,00	0,00	0,00	7.108.493,79	4.983.443,54
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	39.560.672,16	12.604.612,24	0,00	65.108,10	52.230.392,50	7.625.729,83	0,00	0,00	23.381.365,76	28.849.026,74	23.805.036,23
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	854.990.062,25	167.834.288,10	7.510.258,89	14.604.520,15	1.029.918.611,61	6.098.043,00	6.641.419,00	-1.441,73	31.415.285,05	998.503.326,56	823.029.959,47
2. Technische Anlagen und Maschinen	440.399.582,59	43.028.588,52	2.201.513,24	8.294.807,41	489.521.465,28	27.302.388,83	1.178.917,73	1.441,73	196.154.857,54	293.366.607,74	270.369.637,88
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47.825.436,83	2.785.966,32	1.707.804,01	1.695.465,63	50.599.064,77	5.388.859,80	1.686.052,82	0,00	29.169.775,57	21.429.289,20	22.358.468,24
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	122.596.200,07	73.616.061,78	202.463,41	-24.659.901,29	171.349.897,15	0,00	0,00	0,00	0,00	171.349.897,15	122.596.200,07
Summe Sachanlagen	1.465.811.281,74	287.264.904,72	11.622.039,55	-85.108,10	1.741.389.038,81	38.789.291,63	9.506.389,55	0,00	256.739.918,16	1.484.649.120,65	1.238.354.265,66
III. Finanzanlagen											
Beteiligungen	16.453,00	0,00	0,00	0,00	16.453,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.453,00	16.453,00
Summe Finanzanlagen	16.453,00	0,00	0,00	0,00	16.453,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.453,00	16.453,00
Summe Anlagevermögen	1.505.388.406,90	299.869.516,96	11.622.039,55	0,00	1.793.636.884,31	46.415.021,46	9.506.389,55	0,00	280.121.283,92	1.513.514.600,39	1.262.175.754,89

Hamburg Port Authority Anstalt des öffentlichen Rechts, Hamburg

Lagebericht für 2013

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenbahnanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen.

2. Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Hamburg stärkt seine Position innerhalb der Nordrange

Der Hamburger Hafen hat im Jahr 2013 139 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Dies entspricht einem Zuwachs von 6,2 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich der Wettbewerbshäfen entlang der Nordrange schneidet Hamburg im Vorjahresvergleich am besten ab. In den bremischen Häfen sank das Umschlagsvolumen mit -6,2 % auf 78,8 Millionen Tonnen. Rotterdam verzeichnete einen leichten Rückgang von -0,2 % auf 440,5 Millionen Tonnen und Antwerpen ein Plus von 3,6 % auf 190,8 Millionen Tonnen.

Der Containerumschlag in Hamburg zeigt ein Plus von 4,4 %, während in Rotterdam, Antwerpen und den bremischen Häfen Rückgänge verzeichnet wurden. Rund 9,3 Millionen umgeschlagene TEU stärken mit einem Anstieg des Marktanteils auf mehr als 26 % Hamburgs Position als zweitwichtigster Umschlagsplatz für containerisierte Ladung in der Nordrange. An der Gesamtumschlagstonnage Hamburgs hält der Containerumschlag einen Anteil von etwa 68 %.

Der Umschlag voller Container in Hamburg ist um 4,8 % gestiegen, das Wachstum des Umschlags von leeren Containern lag 2013 bei 1,9 %. Die Standzeiten von Leercontainern haben sich im Durchschnitt deutlich erhöht, so dass die Leercontainerdepots in Hamburg seit einiger Zeit knapp unterhalb der Grenze ihrer Lagerkapazität arbeiten.

Das Wachstum im Containerumschlag geht zum größten Teil darauf zurück, dass der Umschlag des Fahrtgebiets Europa um 9,5 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Auch die Asienverkehre tragen mit einem Umschlagswachstum von 3 % einen großen Anteil des Gesamtanstieges bei. Im Handel mit China als wichtigstem Partnerland des Hafens konnte der Umschlag um 2,9 % auf 2,7 Millionen TEU gesteigert werden. Für das Fahrtgebiet Amerika wurde indes ein Rückgang des Umschlages um -3,3 % verzeichnet. Auf niedrigem Niveau stieg der Umschlag des Fahrtgebietes Afrika um 12,4 %.

Der Umschlag von Massengütern im Hamburger Hafen wurde im Jahr 2013 mit einem Anstieg von 7,2 % gegenüber 2012 auf 42,3 Millionen Tonnen gesteigert. Beim Export von Massengütern überkompensiert ein starker Anstieg des Sauggut-Umschlages – vor allem von Getreide – Rückgänge bei Greifergut und Flüssiglادung. Der Import zeigt über die Ladungskategorien Sauggut, Greifergut und Flüssiglادung hinweg mittlere Steigerungsraten im einstelligen Bereich.

Der Umschlag von konventioneller Ladung verzeichnete ein deutliches Minus von -7,6 % gegenüber dem Vorjahr, so

dass lediglich 1,9 Millionen Tonnen umgeschlagen werden konnten.

Kreuzfahrt erneut mit Rekordjahr

Der Kreuzfahrtboom im Hamburger Hafen setzte sich im Jahr 2013 fort.

177 Kreuzfahrtschiffe machten zwischen Januar und Dezember in der Hansestadt fest. Mit einer Anzahl von mehr als 550.000 Kreuzfahrtpassagieren wurden die positiven Erwartungen sogar noch einmal deutlich überschritten. Dabei waren lediglich etwa 6 % der Passagiere Transitgäste. Dies bedeutet, dass 94 % der Kreuzfahrtpassagiere ihre Reise in Hamburg beginnen oder beenden.

Auch für das Jahr 2014 wird mit einer Fortsetzung der Erfolgsserie gerechnet. Die Zahl von 191 gemeldeten Anläufen lässt einen erneuten Passagierrekord von über 600.000 Kreuzfahrtgästen in Hamburg erwarten. Damit festigt Hamburg seine Position als wichtigster deutscher Kreuzfahrtstandort und setzt seinen Aufstieg in die internationale Topliga der Kreuzfahrthäfen kontinuierlich fort. Gemäß einer Analyse des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik besteht für den Hamburger Hafen ein Potential von mehr als einer Million Kreuzfahrtgästen im Jahr 2022.

Das rasante Wachstum im Segment Kreuzfahrt erfordert zusätzliche Kapazitäten in der Abfertigung immer größer werdender Schiffseinheiten. Zukünftig planen verschiedene Cruise Lines den Hamburger Hafen mit Schiffen von über 300m Länge sowie einer Kapazität von mehr als 4.000 Passagieren anzulaufen. Die Abfertigung einer solch hohen Anzahl an Passagieren ist an den bestehenden Cruise Centern in Altona und der Hafencity logistisch nur noch schwer zu bewerkstelligen, weshalb mit Hochdruck an der Errichtung zusätzlicher Kapazitäten gearbeitet wird.

Die Hamburg Port Authority konnte die Planungen für den Bau eines dritten Kreuzfahrtterminals – das Cruise Center 3 – im Jahr 2013 weiter vorantreiben. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat im Januar 2014 den Bau eines dritten Kreuzfahrtterminals am Kronprinzkaai auf Teilflächen des Central Terminal Steinwerder im mittleren Freihafen beschlossen und damit die Weichen für die zukünftige Entwicklung der Kreuzfahrt im Hamburger Hafen gestellt.

Dabei ist auch eine organisatorische Neuordnung des Kreuzfahrtsegments in Hamburg vorgenommen worden. Zukünftig werden alle Hamburger Kreuzfahrtterminals von einer neutralen Terminalbetriebsgesellschaft, unter Federführung der Hamburg Port Authority, betrieben. Diese Gesellschaft führt eine diskriminierungsfreie Vergabe der Liegeplätze anhand transparenter Kriterien durch.

Hamburger Hafen – die Drehscheibe für das europäische Hinterland

Der Hamburger Hafen knüpft auch 2013 an die positive Entwicklung des Hafenhinterlandverkehrs an. Mit mehr als 41,5 Millionen Tonnen transportierter Güter auf der Schiene konnte ein neues Rekordergebnis in der 147-jährigen Geschichte der Hafenbahn erzielt werden. Im Containerverkehr wurden fast 2,1 Millionen TEU per Bahn in das Hinterland des Hamburger Hafens transportiert, was einer Steigerung von mehr als 6 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bei den Transporten über die Hafenbahn sind dabei

erneut signifikante Effizienzsteigerungen gelungen. So konnte die durchschnittliche Auslastung der Züge weiter gesteigert und damit die Wirtschaftlichkeit der Bahnverkehre des Hamburger Hafens erhöht werden. Dabei profitierte der Hafen sowohl vom weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur als auch von den Implementierungen neuer IT-Systeme in der Schienengüterverkehrsabwicklung. Innerhalb des EVITA-Projekts löst der Unternehmensbereich Hafenbahn das derzeitige Verkehrsabwicklungssystem HABIS mit dem neuen Produkt transPORT rail ab. Nachdem in den Jahren 2012 und 2013 bereits Teilsysteme von transPORT rail für die Anwender der HPA und der Ladestellen erfolgreich in Betrieb genommen wurden, soll im 2. Quartal 2014 die Kommunikation zu den Eisenbahnverkehrsunternehmen in die Produktion überführt werden. Das neue transPORT rail stellt Daten für die Durchführung von Fahrten, Standortbuchungen von Güterbahnwagen sowie die Be- und Entladung von Containern und Wagenladungen bereit. Dadurch können die immer komplexeren Prozesse der Transportabwicklung optimiert werden.

Auch für die Zukunft verfolgt die Hafenbahn engagierte Pläne. So ist der Ausbau Bahninfrastruktur im Hamburger Hafen in einem Zwei-Achsenmodell Teil der Hafenentwicklungsplanung des Hamburger Senats. Ferner forciert Hamburg den weiteren Ausbau der überregionalen Anbindung des Hafens innerhalb des deutschen und europäischen Schienennetzes. Hamburg bleibt somit auch weiterhin der wichtigste Eisenbahnhafen Europas.

Der Verkehrsfluss im Hafen sowie zu den Verbindungsstellen an das Hinterland soll über alle Verkehrsträger hinweg kontinuierlich optimiert werden, um den Qualitätsansprüchen des Hafens gerecht zu werden und schnelle Durchlaufzeiten sowie Emissionsreduzierungen zu erzielen. Die Hamburg Port Authority beabsichtigt, die dafür notwendigen Technologien und Managementsysteme gemeinsam mit den Partnern im Hafen zu entwickeln sowie Informationen, Services und Mobilitätsdienste anzubieten.

Hamburg hält Kurs

Der Hamburger Senat hat im Jahr 2012 einen Hafenentwicklungsplan vorgelegt, der Leitlinien, Rahmendaten und Maßnahmen der mittel- und langfristigen Hafenentwicklung beschreibt. Im Berichtsjahr 2013 wurden Rahmendaten und Maßnahmen bedarfsgerecht fortentwickelt und umgesetzt.

Fortsetzung strategischer Ausbauprojekte

Die für den Hamburger Hafen wichtigste Ausbaumaßnahme ist weiterhin die Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe.

Für die Fahrrinnenanpassung erging im April 2012 der Planfeststellungsbeschluss. Dem zuständigen Bundesverwaltungsgericht liegen 13 Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss vor. Aufgrund der Verbandsklage zweier Umweltverbände ist der Beschluss derzeit nicht vollziehbar. Im August 2013 erwog das BVerwG, wasserrechtliche Fragen zur Fahrrinnenanpassung dem Europäischen Gerichtshof vorzulegen und das Gerichtsverfahren bis zu einer Entscheidung des EuGH auszusetzen. Um dies zu vermeiden, legten die Planfeststellungsbehörden im Oktober 2013 einen Ergänzungsbeschluss zum europäischen Wasserrecht vor. Das BVerwG nahm daraufhin von der Aussetzung des Verfahrens Abstand und kündigte den Beginn der mündlichen Verhandlung für den 15. Juli 2014 an.

Nach hiesiger Einschätzung ist eine positive Entscheidung des BVerwG im dritten Quartal 2014 möglich, jedoch beste-

hen weiter erhebliche Risiken in Bezug auf den zeitlichen Verlauf des Verfahrens. So ist nicht sicher auszuschließen, dass das BVerwG nach der mündlichen Verhandlung den EuGH anruft. Zudem ist nicht auszuschließen, dass eine Entscheidung des BVerwG zur Fahrrinnenanpassung der Elbe weitere Änderungen oder Ergänzungen der Planung bzw. des Planfeststellungsbeschlusses nötig macht.

Das Projekt zur Erweiterung der Umschlagskapazität im Waltershofer Hafen befindet sich noch im Planfeststellungsverfahren. Die Hamburg Port Authority erwartet den Planfeststellungsbeschluss für das Jahr 2014.

Das Entwicklungsgebiet des Central Terminal Steinwerder im mittleren Freihafen erhält durch die temporäre Nutzung von Teilflächen für den Bau des Cruise Center 3 eine sinnvolle Zwischennutzung für einen Zeitraum von etwa 15 Jahren. In den Planungen für das Cruise Center 3 wurden die Randbedingungen für eine langfristige Entwicklung des mittleren Freihafens sowie des Container Terminals Tollerort berücksichtigt.

Bei der Durchführung von Abbruch- und Flächenherrichtungsmaßnahmen einschließlich der notwendigen Kampfmittelräumung im nördlichen und mittleren Bereich des Entwicklungsgebietes konnten im Jahr 2013 weitere Fortschritte erzielt werden. Die Planungsüberlegungen für eine Veränderung des südlichen Teils wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Bei aufkommenden zusätzlichen Bedarfen im Güterumschlag besteht weiterhin die Option einer Entwicklung der Kapazitäten im mittleren Freihafen.

Die Bedeutung der Umweltstrategie nimmt weiter zu

Die Integration der Umweltstrategie in die Gesamtorganisation HPA schreitet voran: Im Berichtsjahr 2013 hat die Hamburg Port Authority ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht. Er wurde nach dem Standard der Global Reporting Initiative (GRI) zertifiziert. Mit diesem Bericht demonstriert die HPA ihr Engagement in Sachen Umwelt und Soziales sowie die Wirtschaftlichkeit ihres Handelns. Grundlage dafür ist ein Umweltmanagementsystem nach den Normen der ISO 14001. Es wurde 2013 eingeführt und wird künftig Bestandteil des integrierten Managementsystems der Hamburg Port Authority sein.

Das unter Federführung der Hamburg Port Authority entwickelte Konzept der externen Stromversorgung von Kreuzfahrtschiffen im Hamburger Hafen wurde 2013 durch die Hamburger Bürgerschaft genehmigt. Damit wurde die rechtliche und finanzielle Grundlage für die Errichtung einer festen Landstromanlage in Altona und für die Bereitstellung der Infrastruktur zum Betrieb von sogenannten Power Barges an dem Kreuzfahrtterminal in der Hafencity geschaffen. Daraufhin wird in 2014 die Umsetzung erfolgen.

Mit dem Einsatz der Power Barges kann dann erstmals Liquefied Natural Gas (LNG) im Hamburger Hafen verwendet werden. Um dies zu realisieren, wird die Hamburg Port Authority neben der Bereitstellung der Infrastruktur für die Barges am Kreuzfahrtterminal HafenCity die Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Einsatz von LNG in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Firmen und Behörden vorantreiben.

Im Jahr 2013 hat die Hamburg Port Authority ein neues Bürogebäude der Hafenbahn als das erste Passivbürohaus Hamburgs eröffnet. Auf Neuwerk wurde eine Photovoltaikanlage in Betrieb genommen, die mehr als 50 % des dortigen Stromverbrauchs sicherstellt. Damit hat die HPA eigene Beiträge geleistet zur Umsetzung von smartPORT energy, einer gemeinsamen Initiative der Behörde für Wirtschaft,

Verkehr und Innovation, der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Hamburg Port Authority.

Die Raumplanung wird weiterentwickelt

Im Berichtsjahr 2013 wurde die strategische Betrachtung verschiedener Flächen im Hamburger Hafen vorangetrieben. Ziele sind neben der Steigerung der Flächeneffizienz die Einführung effektiver Prozesse bei Ansiedlungs- und Investitionsvorhaben sowie die Bereitstellung verfügbarer flächenrelevanter Informationen.

Mit der unterstützenden Begleitung von vielen Aktivitäten der IBA, IGS und dem sogenannten Deichparkwettbewerb für die Veddel und den Spreehafen fand ein langjähriger Planungsprozess seinen Abschluss. Die planerischen Aktivitäten der IBA Nachfolgegesellschaft sowie des Projekts „Sprung über die Elbe“ und der an das Hafengebiet angrenzenden Bezirke werden auch in Zukunft aktiv und kritisch konstruktiv von der Hamburg Port Authority begleitet.

Informations- und Kommunikationstechnologie

Der in 2012 in der Nautischen Zentrale eingeführte Port Monitor wurde erfolgreich erweitert. Schiffspositionen und Liegeplatzinformationen können nun in Echtzeit über separate Layer integriert werden. Zusätzlich wurde der Mobile Port Monitor im ersten Quartal 2013 in Produktion genommen. Über einen Tablet-PC werden auf Kontrollfahrten durch den Hafen Informationen zu Baustellen und Hindernissen online erfasst und in Echtzeit in der Nautischen Zentrale über den Port Monitor dargestellt. Ein großer Erfolg wurde im Rahmen des in 2012 eingeführten Dokument Management Systems erreicht. Es ist gelungen, diese Lösung zertifizieren zu lassen, so dass die revisionssichere Archivierung nun auch vom TÜV und den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften anerkannt wird. Positiv zu bewerten ist zudem die Ablösung des alten Abrechnungssystems der Hafenbahn. Dieses ist nun neu designt vollständig auf Basis der strategischen Plattform SAP implementiert.

Investitionsprogramm wurde im Geschäftsjahr fortgesetzt

Die Hamburg Port Authority hat im abgeschlossenen Geschäftsjahr das Investitionsprogramm der letzten Jahre unverändert fortgeführt. Mit Gesamtzugängen von 300,0 Mio. EUR, davon 170,2 Mio. EUR durch Übertragung aus der Hafenerweiterung Altenwerder, konnten umfangreiche Ersatzmaßnahmen und Ausbauinvestitionen getätigt werden. Darüberhinausgehende Ausbauinvestitionen für die öffentlichen Straßen und den öffentlichen Hochwasserschutz werden nicht im Anlagevermögen der Hamburg Port Authority ausgewiesen, da sich diese Vermögensgegenstände im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg befinden.

Der strategisch wichtige Neubau der Rethebrücke konnte wesentlich vorangetrieben werden. Die Herstellung der Baugruben sowie des Versorgungsdükers wurde zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen, die Vormontage der Stahlbrückenelemente ist planmäßig erfolgt.

Im Projekt Neue Bahnbrücke Kattwyk wurde in 2013 der Planfeststellungsbeschluss erlassen. Die Entwurfsplanungen der Bahnbrücke sind vollständig abgeschlossen, wesentliche Pakete der Verdingungsunterlagen wurden erstellt. Das Vergabeverfahren für die Verkehrsanlage Ost wurde gestartet. Die Vergabeentscheidung steht unmittelbar bevor.

Neben der Erneuerung und Sanierung der Brückenbauwerke im Hafen wurde das Ausbau- und Ersatzinvestitionspro-

gramm für das Hafenbahnnetz inkl. der Bahnhöfe planmäßig vorangetrieben. Im Hafenbahnhof Waltershof wurde 2013 die Planung für den Neubau des Stellwerkes begonnen.

Das Projekt „Gleisanbindung Altenwerder 4. Stufe“ (zweigleisiger Anschluss, elektronisches Stellwerk, Oberleitungsanlage) wurde in 2013 abgeschlossen und in Betrieb genommen.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt lag im Bereich der Flächenherrichtung von zurzeit brachliegenden Hafenflächen sowie der Umgestaltung einzelner Hafenareale, um die räumliche Erweiterung innerhalb des vorhandenen Flächenbestandes zu erreichen und die Neuansiedlung von Hafenbetrieben möglich zu machen.

Hierzu wurden u.a. Flächen auf der Dradenau (Genter Ufer), in Altenwerder-West (Vollhöfner Weiden) sowie in Steinwerder / nördlicher Reiherstieg (Witternstraße) für die Ansiedlung von Logistikunternehmen hergerichtet und erschlossen.

Die Sanierung und Anpassung der Schutzhöhe der Harburger Hafenschleuse wurde weiter vorangetrieben und damit ein weiterer Schritt zur Ertüchtigung der öffentlichen Hochwasserschutzlinie erzielt.

Im Projekt „Verkehrsanbindung Burchardkai“ wurden wichtige Bauabschnitte bei der Sanierung der Rugenberger Schleuse und der zugehörigen Brücke für den Rugenberger Damm abgeschlossen. Die Planungen und vorbereitenden Arbeiten für die weiteren Teilmaßnahmen der Straßen- und Schienenanbindung laufen auf Hochtouren. Bei der schwierigen Sanierung der Oströhre des St. Pauli Elbtunnels konnte der Ausbau der alten Tunnelschale abgeschlossen sowie die Abdichtungsarbeiten vorangetrieben werden.

Das Pilot-Projekt des Tideelbe-Konzepts „Entwicklung eines tidebeeinflussten Flachwassergebietes Spadenlander Busch/Kreetsand“ befindet sich mitten in der Bauausführung. Hier haben in 2013 die ersten größeren erdbaulichen Maßnahmen zum Abtrag der Flächen und zur Schaffung des Flachwassergebietes stattgefunden.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Hamburg Port Authority verringert den Jahresfehlbetrag

Die Hamburg Port Authority hat den Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr um 21,8 Mio. EUR verringert. Nach Abschluss des Geschäftsjahres beträgt dieser nunmehr 86,6 Mio. EUR. Nach der systemimmanenten Verrechnung der Kapitalrücklage aus der jährlichen Zuführung des Gesellschafters konnte der Bilanzverlust, erstmalig seit der Errichtung der HPA, ausgeglichen werden. Maßgeblich zu dieser positiven Entwicklung haben Einmaleffekte durch den Abschluss der Vertragsverhandlungen über die Nutzung von neu errichteten Kaimauern im Waltershofer Hafen und im Roßhafen sowie verminderte Aufwendungen für Nassbaggerarbeiten aufgrund sehr günstiger Sedimentationsverhältnisse im Jahr 2013 beigetragen.

Gesamtleistung der HPA konnte gesteigert werden

Die Gesamtleistung (Summe aus Umsatzerlösen, Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen sowie sonstigen Erträgen) des Geschäftsjahres liegt um 35,7 Mio. EUR oder 15 % über der des Vorjahres.

Neben der positiven Marktentwicklung für den Hamburger Hafen, der im Geschäftsjahr den mit Abstand größten Umschlagsmengenzuwachs innerhalb der Nord-Ränge zu verzeichnen hatte, spielt die erstmalige Berücksichtigung der

Mieterlöhre für vier neue Kaimauern, die durch die Vertragsabschlüsse im Geschäftsjahr 2013 auch für Vorperioden auszuweisen sind, und ein höherer Zuwendungsertrag für öffentliche Baumaßnahmen eine entscheidende Rolle.

Die Umsatzerlöse werden insbesondere von drei Erlösbereichen getragen, die durchweg alle eine positive Erlösentwicklung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen hatten. Hierbei haben die Umsätze aus der Vermietung der Flächen, Gebäude und sonstiger Anlagen ein Plus von 13 % (unter Eliminierung der periodenfremden Umsätze), die Hafennutzungsentgelte ein Plus von 1,5 % und die Hafenbahnenerlöse eine leichte Steigerung in Höhe von 0,3 % zu verzeichnen. Die stagnierende Erlösentwicklung im Hafenbahnbereich, trotz zunehmender Verkehrsmengen, ist auf die weitere Optimierung der Verkehrsströme auf dem Hafenbahnnetz zurück zu führen.

Die Vermietungsquote der vermietbaren Flächen der Hamburg Port Authority liegt konstant bei über 90 %.

Leichter Anstieg des betrieblichen Aufwands

Der betriebliche Aufwand erhöht sich leicht um 9,5 Mio. EUR auf 343,3 Mio. EUR. Der direkte Vergleich mit dem Vorjahr wird maßgeblich durch das Projektgeschäft beeinträchtigt, da Mehr- bzw. Minderaufwendungen teilweise durch das jeweilige Projektvolumen, welches sehr unterschiedlich sein kann, verursacht werden.

So wird der deutlich geringere Materialaufwand durch den Wegfall der Jahresmieten für die Fläche Altenwerder (7,7 Mio. EUR) und die niedrigeren Aufwendungen für die Wassertiefeninstandhaltung (14,5 Mio. EUR) durch den Mehraufwand aus dem Projektbereich (+ 12,5 Mio. EUR) erheblich reduziert.

Im Personalbereich ist es insbesondere durch die Fortschreibung des versicherungsmathematischen Gutachtens für die Pensionsrückstellungen (+ 3,6 Mio. EUR) zu einem Anstieg von insgesamt 5,4 Mio. EUR auf 105,3 Mio. EUR gekommen.

Die Abschreibungen liegen zum Jahresende mit 46,4 Mio. EUR um 2,9 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Der Anstieg ist auf die nach wie vor umfangreichen Modernisierungs- und Ausbauinvestitionen der HPA für den Hamburger Hafen zurück zu führen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich unterschiedlich entwickelt. In Summe ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 6,2 Mio. EUR auf insgesamt 52,3 Mio. EUR zu verzeichnen.

Im Detail ist nach Herausrechnung neutraler Aufwendungen wie periodenfremdem Aufwand sowie Schadenersatz und Ausgleichszahlungen in Höhe von insgesamt 16,6 Mio. EUR (Vorjahr 9,2 Mio. EUR) mit nunmehr 35,8 Mio. EUR (Vorjahr 36,9 Mio. EUR) eine Reduzierung dieser Aufwandspositionen in Höhe von 1,1 Mio. EUR zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die Reduzierung externer Beraterverträge zurück zu führen, die durch den Aufbau eigener Kompetenzen möglich wurde. Bei den periodenfremden Aufwendungen ist es vor allem durch die Abnahme der Ausgleichsforderung für Pensionsrückstellungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg zu einem entsprechenden Anstieg gekommen.

Gesamtvermögen steigt deutlich, Bilanzsumme überspringt 1,8 Mrd. EUR

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 349,5 Mio. EUR auf 1.835,5 Mio. EUR erhöht. Ursächlich hierfür sind sowohl die Einlage und Aktivierung der von der Freien

und Hansestadt übertragenen Flächen und Kaimauern aus der Hafenerweiterung Altenwerder mit 170,2 Mio. EUR als auch der deutlich höhere Bestand an Anlagen im Bau (+ 48,7 Mio. EUR).

Die Zugänge im Anlagevermögen in Höhe von insgesamt 300,0 Mio. EUR, davon 170,2 Mio. EUR aus der Hafenerweiterung Altenwerder, zeigen deutlich die hohe Leistungsfähigkeit der HPA den Hamburger Hafen auszubauen und zu modernisieren. Wesentliche Investitionen wurden unter anderem für den Ausbau und den Ersatz der Hafenbahnanlagen 48,1 Mio. EUR und die Sanierung der Flächen und Gebäude in Höhe von 43,9 Mio. EUR getätigt.

Daneben werden Ausbau- und Ersatzinvestitionen in das öffentliche Straßennetz und in den öffentlichen Hochwasserschutz durchgeführt, die jedoch nicht im Anlagevermögen der HPA abgebildet werden können, da diese Anlagengruppen im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg stehen. Für das Straßennetz wurden insgesamt 34,2 Mio. EUR und für den öffentlichen Hochwasserschutz 11,1 Mio. EUR investiert.

Neben dem Anlagevermögen ist es auch zu einem deutlichen Anstieg des Umlaufvermögens gekommen. Diese Veränderung ist nahezu ausschließlich auf die erstmalige Erfassung einer langfristigen Forderung aus den neuen Kaimauermietverträgen zurück zu führen, da durch den Abschluss der Verträge das wirtschaftliche Eigentum auf den Nutzer übergegangen und die hieraus entstehende Forderung über die gesamte Nutzungsdauer zu erfassen ist. Dem Geldmittelbestand in Höhe von 99,1 Mio. EUR zum Stichtag stehen kurz- bis mittelfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen gegenüber, deren Ausgleich in der Folgeperiode anstehen.

Eigenkapitalquote steigt

Durch die erneute Einlage der Freien und Hansestadt Hamburg in die Kapitalrücklage in Höhe von 249,4 Mio. EUR und der Sacheinlage des Grundstückes mit den Kaimauern aus der Hafenerweiterung Altenwerder (170,2 Mio. EUR) steigt das Eigenkapital nach der anteiligen Verrechnung der Kapitalrücklage mit dem Jahresverlust um 332,8 Mio. EUR auf 1.017,2 Mio. EUR. Die Eigenkapitalquote steigt dadurch auf 55,4 % (Vorjahr 46,1 %).

Sonderposten für Investitionszuschüsse zeigen leichten Anstieg

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse weist die erhaltenen Investitionszuschüsse für aktivierungsfähige allgemeine Infrastrukturanlagen aus und beträgt zum Jahresende 283,3 Mio. EUR. Der Betrag liegt nur geringfügig über dem Vorjahreswert (280,5 Mio. EUR), da wesentliche Bausteine der öffentlichen Finanzierung als Eigenkapitaleinlage geleistet werden.

Rückstellungen steigen durch Anstieg der Pensionsverpflichtungen

Das Rückstellungsportfolio hat sich in seiner Struktur gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Das Gesamtvolumen aller Rückstellungen beträgt 269,5 Mio. EUR und liegt damit um 15,7 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Die Entwicklung ist maßgeblich auf die erhöhten Zuführungen zur Pensionsrückstellung zurückzuführen, die insbesondere durch das geringe Zinsniveau verursacht werden.

Verbindlichkeiten sind leicht rückläufig

In Summe sind die Verbindlichkeiten der HPA zum Jahresende auf 262,0 Mio. EUR um 0,6 Mio. EUR zurückgegangen.

Dem deutlichen Rückgang der kurzfristigen sonstigen Verbindlichkeiten durch die ertragswirksame Verrechnung der geleisteten Vorauszahlungen für die neuen Kaimauern als auch durch verminderte Verbindlichkeiten für Schadensersatz- und Ausgleichszahlungen stehen drei neue Kreditaufnahmen für den weiteren Ausbau der nutzerspezifischen Infrastruktur gegenüber.

Finanzlage

Die allgemeinen Infrastrukturprojekte werden neben der Finanzierung durch die EU im Wesentlichen seit dem 1. Mai 2009 durch die Einlagen in die Kapitalrücklage (HHLA-Mrd.) über die FHH finanziert. Seit dem 1. Januar 2014 stehen der Hamburg Port Authority aus der HHLA-Mrd. noch 185 Mio. EUR für Vorhaben aus dem Investitions- und Projektplan zur Verfügung. Insgesamt sind der Hamburg Port Authority seit 2009 876 Mio. EUR aus der HHLA-Mrd. zur Verfügung gestellt worden. Mit Ende des Geschäftsjahres 2014 stehen voraussichtlich keine Mittel aus der HHLA-Mrd. mehr zur Verfügung; eine Anschlussfinanzierung der Hamburg Port Authority wird über den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg sichergestellt. Zur Verlustverrechnung wurden 112,6 Mio. EUR (im Vorjahr 114,8 Mio. EUR) aus der Kapitalrücklage entnommen.

Neben der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur wird seitens der Freien und Hansestadt Hamburg weitere Liquidität in Form eines Kontokorrentkredites bei der Kasse Hamburg in Höhe von 20,0 Mio. EUR sichergestellt. Das Konto bei der Kasse Hamburg weist zum Bilanzstichtag ein Guthaben von 14,1 Mio. EUR aus, der Gesamtbetrag der liquiden Mittel beträgt 99,1 Mio. EUR. Die Finanzierung der Investitionen im nutzerspezifischen Bereich erfolgt durch eigene Erträge und durch entsprechende Kreditaufnahmen.

Personalbestand

Der durchschnittliche Bestand der operativen Mitarbeiter liegt mit 1.808 um 28 über dem Niveau des Vergleichsstichtages des Vorjahres. Damit ist es der HPA u.a. mit Hilfe der Professionalisierung des Recruitings nach mehreren Jahren der Stagnation gelungen, erfolgreich am Arbeitsmarkt zu agieren und dringende Nachbesetzungen in Spezialgebieten zu realisieren. Werden Teilzeitanteile berücksichtigt, liegt der tatsächliche durchschnittliche Personalbestand bei 1.752,6 FTE. Im Vorjahr betrug er 1.733,0. Dies entspricht einem effektiven Personalzuwachs von 19,6 FTE.

Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Hinsichtlich der finanziellen Leistungsindikationen (Gesamtleistung, Investitionen) sei auf die vorhergehenden Ausführungen verwiesen. Im Folgenden werden wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren erläutert.

Durch seine exponierte Lage im Stadtzentrum hat der Hamburger Hafen eine besondere Verantwortung im Hinblick auf den Umwelt- und Klimaschutz. Die Hamburg Port Authority konnte auch im Jahr 2013 den eingeschlagenen Pfad zur Entwicklung als Green Port erfolgreich fortsetzen.

Zudem wurde im Jahr 2013 erstmalig ein Nachhaltigkeitsbericht in Übereinstimmung mit dem Leitfaden der Global Reporting Initiative (GRI) erstellt. Der GRI-Leitfaden folgt dem Ziel der Standardisierung und ermöglicht eine

internationale Vergleichbarkeit mit Häfen wie Antwerpen und Rotterdam. Durch die Forderung der Richtlinie, bestimmte Kennzahlen und Indikatoren zu wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Aspekten der Unternehmenstätigkeiten darzustellen, wird die Vergleichbarkeit des Berichts erhöht. Darüber hinaus soll der Bericht der HPA helfen, den Dialog mit den Anspruchsgruppen dauerhaft zu etablieren.

Im Jahr 2013 wurden die Planungen zur Errichtung einer Landstromanlage für Kreuzfahrtschiffe fortgesetzt und in diesem Zusammenhang EU-Mittel zur Finanzierung erworben. Vor dem Hintergrund der Erwartung weiterer steigender Anläufe von Kreuzfahrtschiffen verzeichnen zu können, wird die Nutzung von Landstrom statt Schweröl somit einen erheblichen ökologischen Beitrag leisten können.

Der Technologiekonzern The Linde Group und die HPA haben vereinbart, die Nutzung von verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas – LNG) als Kraftstoff im Hamburger Hafen voranzutreiben. Beide Unternehmen wollen damit den Einsatz von LNG als alternativen Kraftstoff sowohl für die Schifffahrt als auch für andere Anwendungen, wie beispielsweise Lkw, fördern. Auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse könnten dann konkrete Infrastrukturprojekte wie beispielsweise eine LNG-Bunkeranlage im Hamburger Hafen begonnen werden.

Mit einer Personal-Fluktuationsrate von 4,76 % für das Jahr 2013, liegt die Hamburg Port Authority erneut unter dem Durchschnitt der Freien und Hansestadt Hamburg und ebenfalls unter der eigenen Quote des Vorjahres (5,06 %). Bei der Freien und Hansestadt Hamburg lag diese im Jahr 2012 bei 8,0 %.

4. Mitarbeiter/-innen

Es ist der HPA 2013 erfolgreich gelungen, die Personalstrategie für das Unternehmen auszugestalten und zu implementieren. Mit der Personalstrategie der HPA wird Transparenz über die Ziele der HPA Personalpolitik für die Führungskräfte und die Belegschaft geschaffen. Zudem ermöglicht der ständige Abgleich mit den Zielen der Personalstrategie die bestmögliche Allokation von Ressourcen, um die umfangreichen Personalthemen gemäß den Prioritäten der Personalstrategie zu bearbeiten. Hierdurch wird ein ganz erheblicher Mehrwert für die Attraktivität der HPA als Arbeitgeberin sowie für die Unterstützung des Managements erwartet.

Um die zukünftigen Herausforderungen, die sich aus dem demographischen Wandel ergeben, erfolgreich zu bewältigen, wurden im Geschäftsjahr 2013 weitere Schritte zur Professionalisierung des Recruitings und der Nachwuchssicherung vorgenommen. Im Recruiting wurden gemeinsam mit dem LSBG die Initiative „Bauingenieure für Hamburg“ weiter vorangetrieben. Ein wesentlicher Meilenstein war die Gründung eines Vereins und die Gewinnung weiterer Mitglieder (Hochschulen und Verbände) sowie der Aufbau einer Homepage.

Die Programme zur Nachwuchssicherung wurden verstetigt und ausgebaut. Neben der Ausbildung von Dualen Studenten, Trainees, Baureferendaren wurde auch ein Technischer Oberinspektor ausgebildet. Es wurden in diesem Jahr mehrere Entwicklungsprogramme für Potenzialträger durchgeführt. Erstmals wurde auch ein spezifisches Entwicklungsprogramm für Potenzialträger aus dem gewerblichen Bereich durchgeführt.

Die Personalarbeit wurde weiter professionalisiert. Interne Schnittstellen konnten optimiert werden und es wurde eine

neue Aufbauorganisation der Personalabteilung entwickelt, die den internen Kunden eine gezieltere und umfängliche Beratung, mehr Transparenz und bessere Dienstleistungen bietet. Für die nächsten Jahre werden Maßnahmen aus der oben genannten Strategie abgeleitet, die eine besondere Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens haben.

Das Gesundheitsmanagement wurde weiter ausgebaut. Nach der Mitarbeiterbefragung in 2012 wurden die Ergebnisse in Analyseworkshops weiter vertieft und in zwei Betriebsversammlungen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgestellt. Darüber hinaus wurden in einem ersten Schritt ca. 25 % der Führungskräfte zum Thema „Gesund führen“ geschult. Für 2014 werden weitere Maßnahmen geplant (u.a. Gesundheitstage). Um das betriebliche Gesundheitsmanagement weiter zu verstetigen und zu professionalisieren, wurden die Aufgaben in einer neuen Einheit zusammengefasst.

Weiterhin wurde die Organisationsstruktur der Hamburg Port Authority optimiert. Dabei wurden die bisherigen Strukturveränderungen gefestigt und Feinjustierungen des Aufbaus und der Prozessstruktur durch begleitende Change-Maßnahmen unterstützt. Ziel dieser Maßnahmen ist die Steigerung der Akzeptanz und Transparenz sowohl für die Kunden als auch für die Beschäftigten und damit die Hebung von Optimierungspotenzialen im Rahmen der Effektivitäts- und Effizienzverbesserung.

Um die verschiedenen Unternehmensbereiche in ihren Change-Prozessen zu unterstützen und die Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verbessern, wurden verstärkt interne Moderatoren und Change Berater, die in den Vorjahren ausgebildet wurden, eingesetzt.

5. Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit Darstellung der wesentlichen Risiken und Chancen

Prognosebericht

Die bedeutendste Maßnahme für die wirtschaftliche Entwicklung des Hamburger Hafens ist nach wie vor das in der Genehmigungsphase befindliche Projekt zur Fahrrinnenanpassung. Erst wenn dieses umgesetzt ist, ist die Voraussetzung für einen auch weiterhin prosperierenden Hafen geschaffen. Im April 2012 erging der Planfeststellungsbeschluss für die Fahrrinnenanpassung. Die sofortige Vollziehung wird jedoch derzeit durch eine anhängige Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verhindert. In Bezug auf den Entscheidungszeitpunkt ist eine verbindliche Aussage nicht möglich. Mit Blick auf die Bedeutung dieses Vorhabens wird jedoch davon ausgegangen, dass das Verfahren so zügig wie möglich vorangetrieben wird.

Neben der Fahrrinnenanpassung muss die durch den Hafenentwicklungsplan aufgezeigte strategische Ausrichtung konsequent umgesetzt werden. Die Optimierung und Entwicklung der bestehenden Infrastruktur des Hafens und seine Hinterlandanbindung sind dabei die entscheidenden Handlungsfelder. Nur wenn es dem Hafenstandort Hamburg gelingt, seine Marktposition als Hub für die Überseeverkehre und als Gateway für Deutschland, Zentral- und Osteuropa, Russland sowie Skandinavien zu festigen und weiter auszubauen, wird er dauerhaft erfolgreich sein können. Dabei spielt die Bereitstellung von Umschlagskapazitäten ebenso eine Rolle, wie die Bindung der Ladung an den Standort. Letzteres kann u.a. durch die Ansiedlung von Industrie und Value Added Logistik erfolgen. Dadurch besteht zusätzlich die Chance, mit der damit verbundenen Wertschöpfung diese Funktion als zweites Standbein neben

dem Umschlag für den Hamburger Hafen weiterauszubauen.

Der Ausbau aber auch bereits die Verteidigung der heutigen Marktpositionierung des Hamburger Standortes unter Berücksichtigung der prognostizierten Mengenentwicklungspotenziale führen zu der Notwendigkeit, umfangreiche öffentliche Infrastrukturausbaumaßnahmen zeitgerecht zu realisieren. In wie weit dies in der Zukunft gelingen wird, hängt maßgeblich von zwei Faktoren ab. Zum einen wird es notwendig sein, eine nachhaltige Finanzierung für die Investitionsprojekte in die öffentliche Infrastruktur sicherzustellen und dies nicht nur unmittelbar auf Hamburger Staatsgebiet sondern auch durch entsprechende Investitionen der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Hinterlandanbindung. Zum anderen wird eine erfolgreiche Entwicklung nur dann möglich sein, wenn in Zukunft Großprojekte, wie z.B. die Fahrrinnenanpassung, überhaupt noch in einem kalkulierbaren Zeitraum eine öffentlich rechtliche Genehmigung erhalten.

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind, nicht zuletzt mit Blick auf die aktuelle Krise in der Ukraine und den nach wie vor bestehenden Folgewirkungen aus der Finanzkrise, kaum verlässlich zu prognostizieren. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 basiert auf der Grundlage einer stabilen Marktentwicklung und der Annahme, die Marktposition innerhalb der in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden Nord-Range-Häfen halten zu können.

Vor diesem Hintergrund führt diese Grundannahme zu der Anforderung, dass die geplanten Ersatz- und Ausbaumaßnahmen sowie die Implementierung weiterer Hard- und Softwarekomponenten für den Ausbau der smartPort Initiative im Hamburger Hafen mit unverminderter Intensität fortgeführt werden. Die hohe Belastung der zur Verfügung stehenden Infrastruktur wird weiterhin große Aufwendungen erforderlich werden lassen, um die Anlagen in einem bedarfsgerechten Zustand vorzuhalten. Unter Berücksichtigung dieser Eckdaten wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, unter Berücksichtigung der Kapitaleinlagen der Freien und Hansestadt Hamburg, im Planjahr 2014 keine signifikante Veränderung erfahren.

Der im Wirtschaftsplan ausgewiesene Jahresfehlbetrag für das Jahr 2014 von – 151,9 Mio. EUR ist ausschließlich auf die städtische Refinanzierung öffentlicher Aufgaben über die Kapitalzuführung zurück zu führen. 2014 werden voraussichtlich 38,7 EUR Mio. mehr diesbezügliche Projektkosten durch Kapitalzuführungen finanziert. Im Geschäftsjahr 2014 wird von einer Gesamtleistung von 248,9 Mio. EUR ausgegangen, die insbesondere aufgrund der im Geschäftsjahr 2013 generierten periodenfremden Umsatzerlöse aus der Kaimauervermietung sowie im Geschäftsjahr 2014 erwarteten geringen projektorientierten Zuschüsse, um 21,9 Mio. EUR unter dem Niveau 2013 liegt. Investitionen sind in Höhe von 291,7 EUR Mio. geplant (davon 170,9 Mio. EUR bei der HPA aktivierungsfähig).

Die Finanzierung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge erfolgt in Zukunft zu einem wesentlichen Teil über den öffentlichen Haushalt der FHH. Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungsprognose werden auch im kommenden Jahr sowohl die Beschäftigtenzahlen mit 1.905 sowie die Fluktuationsrate mit 4,5 % auf einem ähnlichen Niveau bleiben. Im Geschäftsjahr 2014 wird der Hamburg Port Authority die finale Tranche der HHLA-Mrd. zur Verfügung gestellt und der Kapitalrücklage zugeführt; dies führt zu einer Plan-Eigenkapitalquote von 50,7 %.

Risiko- und Chancenbericht

Das Management der Hamburg Port Authority berücksichtigt alle relevanten Risiken und Chancen, welche sich im Sinne des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ergeben können. Dies wird sichergestellt, indem ein Risiko- und Chancen Managementsystem (RCM) als Instrument der Unternehmenssteuerung etabliert ist. Hiermit verbunden erfolgen zweimal jährlich Inventuren. Diese beinhalten die Analyse, Identifikation und Bewertung der Risiken und Chancen sowie die Überprüfung der Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen. Eine ständige Weiterentwicklung und Anpassung des Systems stellt sicher, dass die vielfältigen organisatorischen Änderungen der Hamburg Port Authority berücksichtigt werden.

Das Risikoportfolio der Hamburg Port Authority setzt sich aus verschiedenen Einzelrisiken zusammen, die sich in den Risikogruppen Marktentwicklungsrisiken, Umfeldrisiken, Finanzierungsrisiken, Technische Risiken mit Auswirkungen auf Dritte, Personalrisiken und Naturbedingte Risiken zusammenfassen lassen. Das Chancenportfolio der Hamburg Port Authority setzt sich hauptsächlich zusammen aus Finanz- und Leistungswirtschaftlichen Chancen aus externen Gegebenheiten (z.B. aus technologischen Fortschritten, Marktgeschehen) sowie Chancen aus internen Gegebenheiten (z.B. durch verbesserte Informations- und Kommunikationswege).

Marktentwicklungsrisiken und Chancen

Die globale Marktentwicklung kann von den einzelnen Häfen nicht beeinflusst werden. Nach der weltweiten Finanzkrise und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise im Jahr 2009 haben sich nachhaltige Veränderungen bei der Einschätzung zukünftiger Marktentwicklungspotentiale ergeben. Dem zu Folge wurden in den letzten Jahren in kurzen Zeitabständen neue Prognosen erstellt, die tendenziell für die Zukunft moderate Wachstumsraten in Aussicht stellen. Das aktuelle Szenario geht davon aus, dass bis zum Jahr 2025 ein Marktpotential von 15,4 Mio. TEU und in 2030 ein Potential von 18,6 Mio. TEU vorhanden sein wird. Diese in Aussicht gestellten Wachstumspotentiale können vom Hamburger Hafen nur dann erreicht werden, wenn es gelingt, in den kommenden Jahren den konsequenten Ausbau und die Modernisierung des Hamburger Hafens voran zu treiben und die Qualitätsführerschaft bei der Entwicklung hoch effizienter logistischer Ablaufprozesse durch die Vernetzung der digitalen Datenströme (smartport) zu erreichen.

Mit Blick auf die Tatsache, dass vor der Krise in vielen Hafenstandorten Entscheidungen getroffen wurden, zusätzliche Hafenumschlagkapazitäten zu planen und auch zu bauen (z.B. Maasvlakte II) wird sich der Wettbewerb zwischen den Hafenstandorten grundsätzlich verschärfen.

Der Hamburger Hafen wird durch seine geographische Lage als östlichster Nordseehafen weiterhin seine Bedeutung als internationale Drehscheibe für den Warenverkehr in seinen „geborenen“ Hinterlandgebieten nicht verlieren, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen zeitgerecht geschaffen werden können.

Die zu erwartenden Entwicklung auf der Landseite durch neue Überkapazitäten ist auf der Wasserseite bei den operierenden Reedereien schon längst Realität. Die Reeder reagieren mit weiteren Zusammenschlüssen ihrer Gesellschaften, die mit der zurzeit in der kartellrechtlichen Genehmigungsphase befindlichen P3-Allianz ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden hat. Der beabsichtigte Zusammenschluss

der drei größten Reedereien weltweit (Maersk, MSC, CMA CGM) zeigt eindrucksvoll, mit welchen Schritten versucht wird, das Problem der Überkapazität und die optimale Auslastung der riesigen Containerschiffe zu erreichen.

Ob und in welchem Umfang diese Kooperationen am Ende positive oder negative Effekte für den Hafenstandort Hamburg bedeuten, kann heute noch nicht seriös eingeschätzt werden. Nach dem derzeitigen Stand wird Hamburg unverändert mit drei Diensten wöchentlich angelaufen, wobei diese Aussage keine Aussage über die Umschlagsmengen erlaubt. Sicher ist, dass der Zusammenschluss zu einer größeren Marktkonzentration und damit auch zu einer größeren Marktmacht der beteiligten Reedereien führen wird.

Umfeldrisiken

Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die Hamburg Port Authority von vielen exogenen Faktoren und Entscheidungen abhängig, die größtenteils nicht beeinflusst werden können. Dies betrifft das Zusammenspiel mit der Politik, der Hafenwirtschaft und den Einwohnern Hamburgs. Diese Einflüsse spiegeln sich in unterschiedlichsten Risiken wider. Insbesondere Risiken, die direkten Einfluss auf die Einnahme- oder Kostensituation der HPA haben, z.B. weil sie im Zusammenhang mit der Wettbewerbssituation des Hamburger Hafens stehen, sind hier bedeutend. Dies betrifft die Umsetzung von großen Infrastrukturprojekten, die Entwicklung von Hafenflächen sowie Veränderungen von Rohstoffpreisen.

Finanzierungsrisiken

Die Finanzierungssituation der Hamburg Port Authority wird im kommenden Jahr durch die planmäßigen Kapitaleinlagen der Freien und Hansestadt Hamburg, die eigenen Einnahmen sowie die Kreditaufnahme im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeiten sichergestellt.

Für den Betrieb und für den erforderlichen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur wird es notwendig sein, ein Anschlussfinanzierungskonzept zu erstellen, das eine auskömmliche Finanzierung dieser Aufgaben gewährleistet. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat im Haushaltsplan 2013/14 beschlossen, ab dem Jahr 2014 erneut Investitionsmittel für die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Für den laufenden Betriebszuschuss, der im Zusammenhang mit den öffentlichen Aufgabenstellungen steht, ist es beabsichtigt, ab dem Jahr 2015 erneut Finanzmittel aus dem Haushalt zur Verfügung zu stellen.

Die gegenwärtig veranschlagten und in Aussicht gestellten Finanzierungsbeiträge stellen sicher, dass der laufende Betrieb und wesentliche Teile des geplanten Ausbaus vorhabens in den kommenden Jahren planmäßig durchgeführt werden können. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, weitere private Finanzierungsquellen zu erschließen, die Ertragskraft zu steigern und/oder zeitliche Verschiebungen der Ausbauprojekte vorzunehmen.

Die Finanzierung der hafenfremden Aufgaben erfolgt über einen Zuschuss der Freien und Hansestadt Hamburg in einer Größenordnung von 18,0 Mio. EUR p.a.

Investitionen in die nutzerspezifische Infrastruktur, z.B. in Kaimauern oder schwimmende Anlagen, werden im Gegensatz zu den allgemeinen Aufgaben selbständig kreditär finanziert. Die Refinanzierung erfolgt über eigene Einnahmen.

Zur Absicherung der Kalkulation erfolgt die Finanzierung langfristig. Die Darlehen werden zu festen Konditionen abgeschlossen oder durch die Anwendung von Zinssicherungsinstrumenten abgesichert. Zur weiteren Abdeckung des Zinsänderungsrisikos liegt der Kalkulationszins mit 4 Prozent oberhalb der tatsächlich am Markt erzielten Konditionen.

Derivative Finanzinstrumente werden bei der Hamburg Port Authority ausschließlich für Sicherungszwecke im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit eingesetzt. Hierzu zählen insbesondere die Reduzierung des Zinsänderungsrisikos durch Einsatz von Zinsswaps.

Technische Risiken

Die technischen Risiken liegen insbesondere in der zeitgerechten Sicherstellung der Verfügbarkeit vorhandener Infrastrukturanlagen und im Bereitstellen neuer Infrastrukturanlagen, die für die zukünftigen Verkehrszahlen erforderlich sein werden. Insbesondere die Verkehrsträger Schiene und Straße werden aufgrund des stetig anwachsenden Verkehrsaufkommens stärker beansprucht. Dies führt zu einer höheren Abnutzung, wodurch unter Umständen frühzeitigere Instandsetzungsmaßnahmen notwendig sind. Nur durch ein optimales Instandhaltungsmanagement ist die Hamburg Port Authority in der Lage, diese Aufgaben zu bewältigen. Ebenso müssen Neubauvorhaben an der Verkehrsinfrastruktur zeitgerecht umgesetzt werden.

Personalrisiken

Die geringe außerplanmäßige Fluktuation des Personals macht deutlich, dass die Führungs- und damit die Unternehmenskultur in den letzten Jahren gefestigt und gestärkt werden konnte. Flankiert wurde dies auch durch die erfolgreiche Implementierung der Personalstrategie. Weiterhin bleibt dennoch das Risiko bestehen, die zeit- und bedarfsgerechte Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im schwierigen Tarifumfeld der Hamburg Port Authority sicherzustellen. Dieses Risiko wird mit steigenden Leistungsanforderungen und der Verschärfung des demographischen Wandels tendenziell zunehmen.

Naturbedingte Risiken

Der Hamburger Hafen ist in hohem Maße von ausreichenden Wassertiefen der seeschifftiefen Zufahrt abhängig. Dabei spielt neben der erfolgreichen Umsetzung der geplanten Fahrrinnenanpassung für die tideabhängige Fahrt mit Tiefgängen bis zu 14,5 Meter insbesondere der dauerhafte Erhalt der Wassertiefen eine entscheidende Rolle. Die natürliche Sedimentation führt zu ständigen Eintreibungen, die durch regelmäßige Unterhaltungsbaggerungen zu entfernen sind. Die Sedimentation weist eine hohe Schwankungsbreite auf; sie unterliegt vielerlei Faktoren und kann nur sehr begrenzt beeinflusst werden. So waren im Jahr 2012 die Baggerbedarfe infolge des geringen Oberwassers der Elbe sehr hoch, dagegen bestanden in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 aufgrund des Junihochwassers nur sehr geringe Baggerbedarfe.

Die immer noch vorhandene Schadstoffbelastung der Elbesedimente stellt eine besondere Herausforderung für Hamburg dar. Gemeinsam mit der BSU betreibt die Hamburg Port Authority das Projekt ELSA „Schadstoffsanierung Elbesedimente“, mit dem Maßnahmen zur Sanierung im Einzugsgebiet der Elbe unterstützt werden. Bisher wurde eine Vielzahl von Studien finanziert, auf deren Grundlage die Flussgebietsgemeinschaft Elbe ein wegweisende flussgebietsweites Sedimentmanagementkonzept entwickelt.

Im Jahr 2012 wurden die mit der BSU vereinbarten Rahmenbedingungen für die Umlagerung von Elbesedimenten auf Hamburger Gebiet fortgeschrieben. Aufgrund kritischer gewässerökologischer Situationen, z.B. einem niedrigen Sauerstoffgehalt des Wassers, sehen die Bedingungen in den Sommermonaten jedoch nur eingeschränkte Handlungsoptionen für die Wassertiefenunterhaltung vor. Im Juni 2013 hat die Landesregierung Schleswig-Holstein das Einvernehmen verlängert, Sedimente aus der Bundeswasserstraße Elbe im Hamburger Bereich in die Nordsee zur Tonne E3 verbringen zu können.

Um eine dauerhaft tragfähige, längerfristige Lösung zu entwickeln, hat die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord zusammen mit der Hamburg Port Authority sowie den Wasser- und Schifffahrtsämtern Hamburg und Cuxhaven die Bundesanstalt für Gewässerkunde beauftragt, eine Systemstudie Sedimentmanagement Tideelbe mit dem Schwerpunkt Feinsedimente zu erstellen, die jetzt abgeschlossen wird. Mit der Studie werden Empfehlungen für ein adaptives, flexibles und umweltverträgliches Sedimentmanagement mit möglichen Verbringbereichen für die gebaggerten Sedimente vorgelegt. Betrachtungsraum ist die tidebeeinflusste Elbe bis in die Nordsee. Die Umweltverwaltungen der Länder wurden an der Erstellung der Studie beteiligt. So wird eine Verknüpfung mit dem Sedimentmanagement von Flussgebietsgemeinschaft Elbe und der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) sowie dem Integrierten Bewirtschaftungsplan Tideelbe gewährleistet.

Auf der Grundlage dieser Entwicklungen arbeiten die Hamburg Port Authority und die Wasser- und Schiffsverwaltung des Bundes (WSV) an der Fortschreibung des bestehenden Sedimentmanagementkonzepts. Um ein tragfähiges Konzept zu erhalten, sollen im Rahmen eines Forums „Strombau- und Sedimentmanagement Tideelbe“ die Meinungen und Ideen betroffener Akteure in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg eingeholt werden. Aufgabe soll es sein, eine tragfähige Basis für ein zukünftiges Sedimentmanagementkonzept zu schaffen und dabei auch strombauliche und schadstoffbezogene Aspekte zu diskutieren.

Weiterhin erfolgen in Anbetracht der begrenzten Kapazitäten in der Landbehandlung Planungen für eine weitere Landdeponie zur Aufnahme höher belasteter Sedimente. Für die großen im Gewässer umzulagernden Mengen mit geringer Schadstoffbelastung stellt dies keine Lösung dar.

Gesamtbild der Risikolage

Die im abgelaufenen Geschäftsjahr durchgeführten Risikoinventuren führten zu keinen bedeutenden Änderungen hinsichtlich der Einschätzung der Risikolage. Die Risiken zur Finanzierung der HPA sowie die naturbedingten Risiken hinsichtlich der Sedimentation stellen die wesentlichen Risiken dar. Ein Eintritt des Finanzierungsrisikos würde bedeuten, dass ein Teil der wichtigen Projekte wie z.B. Infrastrukturprojekte, Verbesserung der Hinterlandanbindung oder Instandhaltungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden könnten. Die naturbedingten Risiken könnten im schlimmsten Fall zu Einschränkungen des Schiffsverkehrs, insbesondere bei großen Containerschiffen, im Hafen führen. Durch diese Risiken könnten Einnahmeverluste für die HPA in Bezug auf Mieten, Hafengeld und Hafenbahntgelt entstehen. Außerdem könnte die Wettbewerbsposition des Hamburger Hafens nachhaltig geschädigt werden, so dass sich die Einnahmesituation für HPA strukturell ver-

schlechtern würde. Unternehmensgefährdende Risiken im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Hamburg Port Authority sind nicht ersichtlich.

6. Nachtragsbericht

Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hat am 27. Februar 2014 den Bau eines dritten Kreuzfahrtterminals am Kronprinzkai auf Teilflächen des Central Terminal Steinwerder im mittleren Freihafen beschlossen.

Darüber hinaus sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen wir einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hamburg Port Authority erwarten.

Hamburg, 14. März 2014

Jens Meier	Wolfgang Hurtienne
Vorsitzender der Geschäftsführung	Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Hamburg Port Authority Anstalt des öffentlichen Rechts, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes zur Errichtung der Hamburg Port Authority vom 1. Oktober 2005 liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nach-

weise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Hamburg Port Authority Anstalt des öffentlichen Rechts, Hamburg, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes zur Errichtung der Hamburg Port Authority vom 1. Oktober 2005 und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 14. März 2014

Deloitte & Touche GmbH	
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	
(Dietterle)	(ppa. Kannen)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 Postanschrift:
 Notkestraße 85, 22603 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von Frau Roy
 Telefon: +49/40/89 98 - 24 80
 Telefax: +49/40/89 98 - 40 09
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 Internet-Adresse(n)
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.desy.de>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
 Öffentlich geförderte Stiftung privaten Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 EO 021-14 – Maßnahme Sanierung der Ver- und Entsorgungsnetze 4. BA sowie Neubau einer Fernkälteversorgung.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
 Bauauftrag
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 in der Helmholtz-Gemeinschaft,
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Das Deutsche Elektronen-Synchrotron DESY plant und realisiert die Sanierung der Ver- und Entsorgungsnetze in einem mehrjährigen Projekt zur Aufrechterhaltung eines störungsfreien Forschungsbetriebes. Davon sind u.a. die Regen- und Schmutzwassersysteme betroffen, das komplette Fernwärmenetz, die Trink-, Kühl- und Löschwasserleitungen sowie Kabelschutzrohre. Weiterhin wird ein Fernkältenetz neu aufgebaut. Seit Mai 2011 werden in diversen Bauabschnitten die Maßnahmen umgesetzt. Aktuell befindet sich der 3. Bauabschnitt in der Durchführung. Zur Ausschreibung kommt nun der 4. Bauabschnitt. Baubeginn ist für Mitte März 2015 vorgesehen. Die Erneuerung der Fernwärmeversorgung ist bis zum 1. Oktober 2015 abzuschließen (Betriebsbereitschaft). Die Gesamtmaßnahme ist bis zum Ende Oktober 2015 fertigzustellen.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
 Hauptgegenstand: 41000000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein
- II.1.8) Lose
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Gegenstand des 4. Bauabschnitts sind der Neubau bzw. die Sanierung von nachfolgenden Medienleitungen, die z.T. in einem gemeinsamen Rohrgraben, bzw. in Einzel- oder Doppelbaugruben (einschließlich Tiefbau und Oberflächenwiederherstellung) zu verlegen sind:
 Es ergeben sich folgende Einzellängen:
 – ca. 350 m Regenwasserleitungen (DN 200 bis DN 400)
 – ca. 450 m Anschlussleitungen SW und RW (DN 100 bis DN 150)
 – ca. 100 m Schmutzwasserdruckrohrleitung (DN 100)
 – ca. 750 m Trasse Fernwärmeleitung (DN 50 bis DN 200, KMR verstärkte Dämmung)
 – ca. 530 m Trasse Fernkälteleitung (DN 80 bis DN 250, KMR Standard-Dämmung)
 – ca. 1.570 m Trinkwasserleitung (DN 50 bis DN 100)
 – ca. 1.050 m Kühl- und Löschwasserleitung (DN 65 bis DN 200)
 – ca. 700 m Bewässerungsleitungen (DN 80)
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Laufzeit: 8 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kationen und Sicherheiten:

Versicherungen i.H. von mindestens 1,5 Mio. Euro jeweils für Personen- und Sachschäden bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Der Nachweis ist mit der Bewerbung einzureichen. Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Mit der Angebotsabgabe muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung vorliegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft legitimiert ist. Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung, VHB-Bund-Ausgabe 2008, Stand August 2012).
- Die Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 mit den vorgesehenen Angaben und Referenzen sind mit dem Angebot einzureichen.
- Nachweis der zuständigen Versicherungsträger (nur für ausländische Bieter).
- Für alle Beteiligten von Bietergemeinschaften und für Subunternehmer sind ebenfalls die vorgenannten Angaben einzureichen.
- Angebote, die die geforderten Angaben, Erklärungen oder Nachweise (auch Versicherungsnachweise) nicht enthalten, können unberücksichtigt bleiben.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: –

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- RW- und SW-Sanierung:
Gütezeichen nach RAL-GZ 961 für die vom Bieter angebotenen Sanierungsverfahren, AK 3 (mind), Ggf. weitere RAL-Gütezeichen
- Anerkannter Fachbetrieb nach § 13 b Hamburgisches Abwassergesetz
- Trinkwasser/Löschwasser:
DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W 3 pe.
- je nach Verfahren auch:
Die Qualifikation nach dem DVGW-Merkblatt GW 128. DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W 3 pe, st sowie der Prüfung von Handschweißern nach DVGW-Arbeitsblatt GW 301. DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 302, Gruppe GN 2. Umhüllerausweise nach DVGW-Arbeitsblatt GW 15 Schweißnachweis für PE gem. DVGW-Arbeitsblatt GW 331 (Schweißaufsicht) und DVGW-Arbeitsblatt GW 330.
- Fernwärme:
Zulassung nach AGFW 601. Alternativ zur AGFW 601 kann auch eine vergleichbare Qualifikation im Umgang mit Schweißverfahren für Stahlrohre mit entsprechenden geeigneten Referenzen im KMR-Bau zugelassen werden.
- Die Nachweise und Bescheinigungen sind mit dem Angebot einzureichen.
- Angebote, die die geforderten Nachweise oder Bescheinigungen nicht enthalten, können unberücksichtigt bleiben.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
EO 021-14
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: –
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 16. Oktober 2014.
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 28. Oktober 2014, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 9. Dezember 2014
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
28. Oktober 2014, 10.00 Uhr
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja
Gemäß § 14 EG Abs. 1 VOB/A

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: –
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: –
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
Telefon: +49/40/2 28 94 99 - 0
Telefax: +49/40/2 28 94 99 - 1 63
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
5. September 2014

Hamburg, den 9. September 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOL/A**

DESY Ausschreibungsnummer: C2055-14

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung:

**„Öffentliche Ausschreibung DESY C2055-14
Angebotstermin 15. Oktober 2014“**

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg**

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Prüfung, Qualitätssicherung, Reinigung, Montage und Lieferung von: 23 Stück Antriebs- und Vakuum-Parts nach DESY-Spezifikation Begleitschreiben vom 20. Mai 2014 und DESY-Zeichnung.

LIEFERPLAN UND FERTIGUNGSABLAUFPLAN:
Mit dem Angebot ist vom Auftragnehmer gemäß den Vorgaben der technischen Spezifikation ein grober Fertigungsplan inklusiv eines Lieferplanes einzureichen. Nach Zuschlagserteilung und vor Fertigungsbeginn der Vakuum-Parts ist der DESY Fachgruppe – MDI – ein detaillierter Fertigungsablaufplan vorzulegen. Die Fertigung der Vakuum-Parts darf nur nach Freigabe des Plans durch die DESY-Fachgruppe erfolgen.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22607 Hamburg

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: Entfällt**f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:** Entfällt**g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**
siehe Vergabeunterlagen**h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Frau Roy
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

1700

Dienstag, den 16. September 2014

Amtl. Anz. Nr. 73

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum **8. Oktober 2014** angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **15. Oktober 2014**

Ablauf der Bindefrist: **14. November 2014**

j) **Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

k) **Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:**

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).
- Vorlage von Referenzen für die Ausführung vergleichbarer Leistungen mit Angabe der Adresse, Ansprechpartner und deren Telefonnummer. Es gelten lediglich die Eintragungen im beigefügten Vordruck.
- Darstellung/Beschreibung eines groben Fertigungsplans inkl. eines Lieferplanes
- Qualitätssicherungsplan

– Angabe von Subunternehmer und Nachweise über die Eignung der jeweiligen Arbeiten.

– Nachweis, Zertifikat der Reinigung- und Montagemöglichkeit im Reinraum der ISO Klasse 5 nach EN ISO 14644-1/4/5.

– Nachweis, Zertifikat über Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2000(2008) oder gleichwertige

– Beschreibung des Qualitätssicherungssystems.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

l) **Vervielfältigungskosten:** Entfällt

m) **Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.

Hamburg, den 10. September 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

713

Schlussverteilung

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **WINORA Versicherungs-Vermittlungs GmbH**, Ankenmannstraße 23, 20537 Hamburg, soll die Schlussverteilung erfolgen. Ich habe die Schlussrechnung unter dem Aktenzeichen 65b N 149/96 bei dem Amtsgericht Hamburg, Konkursgericht, niedergelegt. Die Verteilungssumme wird gemäß Schlussrechnung etwa 920 000,- Euro betragen. Hier- von abzusetzen sind die Gerichtskosten, die Vergütung/ Auslagen des Konkursverwalters sowie die Kosten der Insertion und Aktenverwahrung/-vernichtung. Gemäß ergänztem Schlussverzeichnis, das zur Einsichtnahme der Beteiligten bei dem Konkursgericht ausliegt, betragen die zu berücksichtigenden Forderungen nach § 61 I Nr. 6 KO 1 235 327,98 Euro.

Hamburg, den 10. September 2014

Der Konkursverwalter

H.-J. Müller, Rechtsanwalt

714